

6 Frankfurt/M.1 / Oktober 10/73 / DM 1,- D 2835 E

elam

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE



**Der
Feind
steht
rechts!**

In Chile und überall

SOLIDARITÄT
MIT CHILE

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Dort-
mund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Hartmut Schulze,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

Wolfgang Freitag

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290/600

DRUCK

Heska-Druck GmbH,
Klein-
Krotzenburg

Zeitungsmuffel

Wie jede Landesvorstandssitzung beginnt auch die vom 21.5.1973 mit Anfragen an die führenden Genossen. Besonders interessant sind für einige Vorstandsmitglieder Informationen über den Breshnew-Besuch, da sie noch nicht Zeitung gelesen haben. Angesichts der Verweigerung der Kongreßhalle für eine Veranstaltung der „Friedenswoche“ am 17.6. stellt der Juso-Vorsitzende die Frage nach dem Senats-Einfluß auf die Vergabe der Halle, doch da ist nichts Genaues rauszukitzeln.

Juso-Info Westberlin 5/73 über eine SPD-Landesvorstandssitzung.

Patentlösung

Alle reden von Vermögensbildung, wir sagen Ihnen wie man es macht! Ein zweiter Beruf garantiert Ihnen ein zusätzliches Einkommen.

Anzeige in Strauß' Bayernkurier, 21.7.73



Nasdorowje!

DKP-Bad Oldesloe begrüßt Breshnew-Besuch. ... besiegeln wir's mit Kindl Pils.

Anzeigen-Placierung des Stor-
maner-Tageblatt, 16.5.73

Dreckbazi

Ich habe den 2. Bürgermeister Josef Gut nicht mit den Worten „Dreckskerl“ und „Drecksau“ angebrüllt, sondern mit den Worten „Du Dreckbazi, du dreckerter“ angeschrien, nachdem Herr Gut geäußert hatte, ich solle den Gemeinderat nicht anfragen. So steht es in der Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 18. 7. 1973.

Gegendarstellung des Christian Gloß, CSU-Vorsitzender in Neukirchen am Teisenberg. Oberbayrisches Volksblatt, 10.8.73

Leichenaufgebot?

Ob der Nationalverteidiger dabei ist entscheidet sich heute. Bertl Vogts, geb. 30.12.1946, Einsteinstr. 5, starb im Alter. Zeilensalat der WAZ, Essen, 17.8.73

OO-Gespräche

Zuverlässige, auch ältere Wartefrauen sowie Putzfrauen für die Toiletten im Hauptbahnhof Nürnberg gesucht. Näheres in den Toiletten selbst.

Nürnberger Nachrichten, Anzeige, 23.8.73



„Nach der Wahl, habt ihr jetzt bei mir die Wahl!“

International:
 Chile kämpft! 30

Arbeitskampf:
 Die Kohlen stimmen nicht 4

Comic 8

Arbeiterjugend in Aktion 9

Technik:
 Mit diesem Auto in die Zukunft? 10

on Roter Kuckuck 12

UZ wird Tageszeitung:
 Hartmut heißer Herbst 14

US-Besitzer:
 Wer schützt uns vor den Amis? 16

Kurzgeschichte 18

Jugendpolitische Blätter:
 Naturfreundejugend-Kongreß: Umweltschutz; Aussperrung ist rechtswidrig: Bericht von der IGM-Tagung in München; DDR-Jugendgesetz: Nicht nur ein Stück Papier 19-22

Jugendverbände:
 Gemeinsam erfolgreich 24

Forum der Jugendverbände:
 Freizeitdiskussion: Diskussionsbeitrag zum Thema Jugendzentrum 27-29

Neue Serie: Revolutionäre im Interview:
 Fritz Salm 35

Schülerpolitik:
 Das bringt Schüler auf die Palme 36/37

Arbeiterbewegung:
 50 Jahre Aufstand Bulgarien 38/39

Franz-Xaver Kroetz:
 Nichts gemeinsam mit Amalrik 40

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe liegen eine Werbekarte des Monitor-Verlages und ein Spendenaufruf der DKP bei.
 Wir bitten um Beachtung.

Lieber Leser

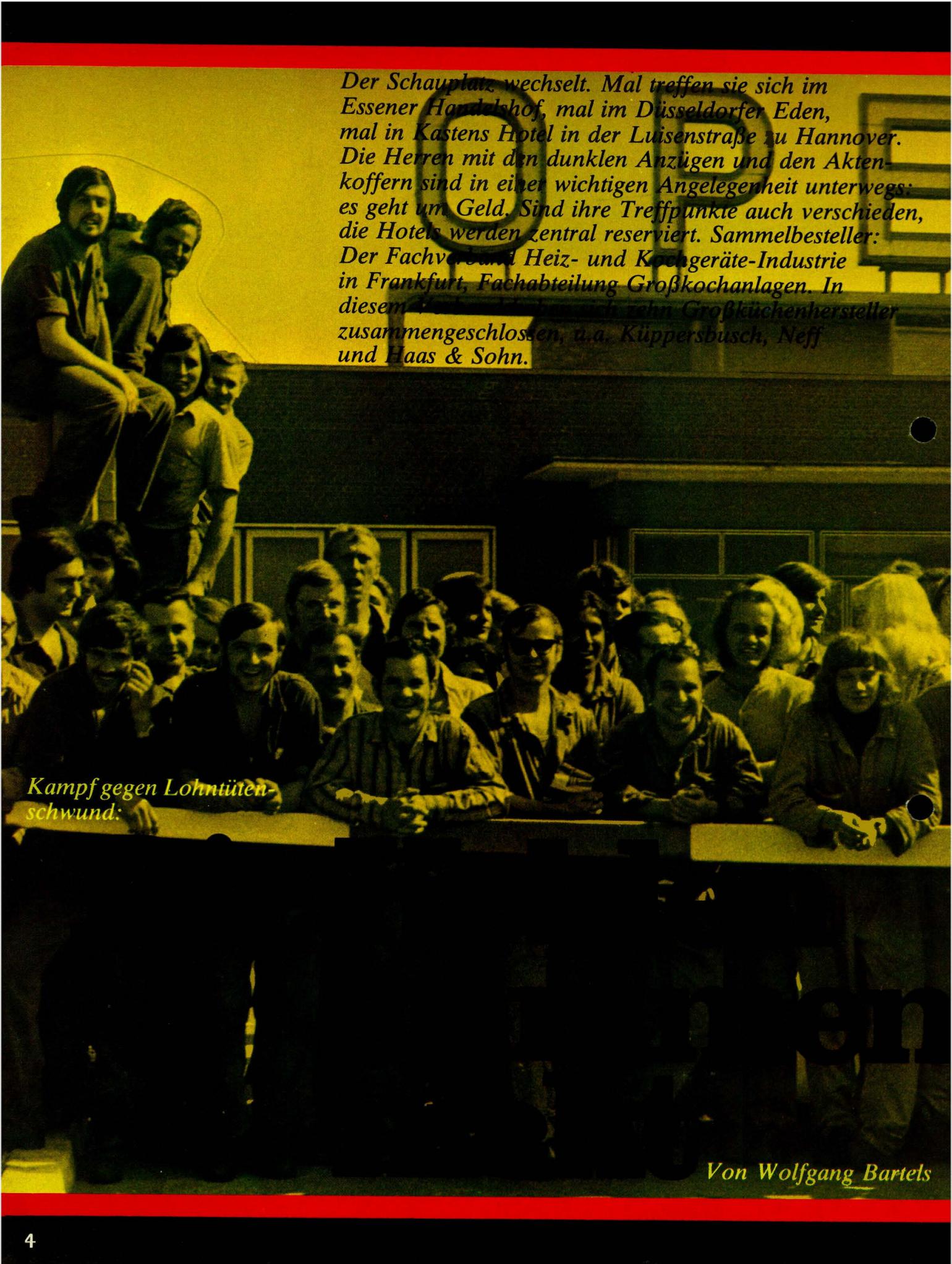
Salvador Allende ist tot. Dahingemordet von der Reaktion, wie seinerzeit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Ernst Thälmann und Che Guevara. Weil sie den Millionienmassen ihrer Völker ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen wollten, wurden sie im Auftrag der Millionäre „beiseite geschafft“. Damit die Privilegien einer hauchdünnen Oberschicht erhalten bleiben, für die ganze Völker hungern müssen. Trauer und leidenschaftlicher Zorn



Rolf Jürgen Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ, Mitherausgeber des elan

erfüllt in dieser Stunde die ganze fortschrittliche Menschheit. Zorn auf das menschenfeindliche, brutale System des Imperialismus. Zorn auf dieses System, das ein Drittel der Menschheit zum Hunger verurteilt. Ich begegnete Salvador Allende am 6. September 1971 in der „Moneda“, dem jetzt zerstörten Präsidentenpalast. Wir unterhielten uns an dem Ort, den der Präsident bis zum letzten Atemzug verteidigte und an dem er von feigen Mördern niedergemacht wurde. Damals, vor zwei Jahren, erzählte der Präsident von den Erfolgen und Schwierigkeiten der Unidad Popular, die zwölf Monate zuvor ihren ersten Wahlsieg errang. Stolz verwies der Präsident auf die ersten Erfolge: der Kupferreichtum Chiles schlug nicht mehr auf den Bankkonten amerikanischer Konzernbosse zu Buche, er gehörte jetzt dem Volk. Täglich Milch kostenlos für die Kinder Chiles. Tausende neue Wohnungen für Arbeiterfamilien. Enteignung der Großgrundbesitzer. Präsident Allende war zuversichtlich, daß Chile unter Ausschöpfung verfassungsmäßiger Rechte einen antiimperialistischen Weg gehen könnte. Einen friedlichen Weg bei nicht minder scharfen Klassenauseinandersetzungen. Hat Allende sich geirrt? Ist das Konzept der Volksfront von Panzerketten widerlegt? Nein. Die Volksfront hat trotz fehlender Parlamentsmehrheit bei zunehmender Aggressivität der Reaktion ihre Möglichkeiten genutzt, in völliger Übereinstimmung mit der Verfassung ihr Programm zu verwirklichen. Großgrundbesitzer und Bankiers haben erneut bewiesen: wenn ihre Macht und ihr Besitz bedroht sind, pfeifen sie auf freie Wahlen und Verfassung, gehen sie mit Mord und bestialischer Folter gegen das Volk vor. Wir kennen ihre Komplizen in unserem Land: Strauß, Dregger, Kohl und Springer, Abs und Siemens. Sie halten Mord, Folter, Verfassungsbruch in Chile für legitim. Ihre verfassungswidrige Gesinnung beweisen sie durch ihren Staatsstreichversuch im Mai 72, mit ihrer Hetze gegen DKP, SDAJ, MSB Spartakus, Jusos und andere Demokraten. Sie verlangen schon nach Berufsverboten. Mehr als 200000 Bundesbürger haben ihre Verbundenheit mit der Unidad Popular und ihre Abscheu gegenüber den Mördern und ihren Komplizen zum Ausdruck gebracht. Politische und materielle Solidarität ist das Gebot der Stunde. Chile mahnt uns: Seid wachsam! Laßt die Reaktion nicht durch – weder in Chile, noch in der BRD.

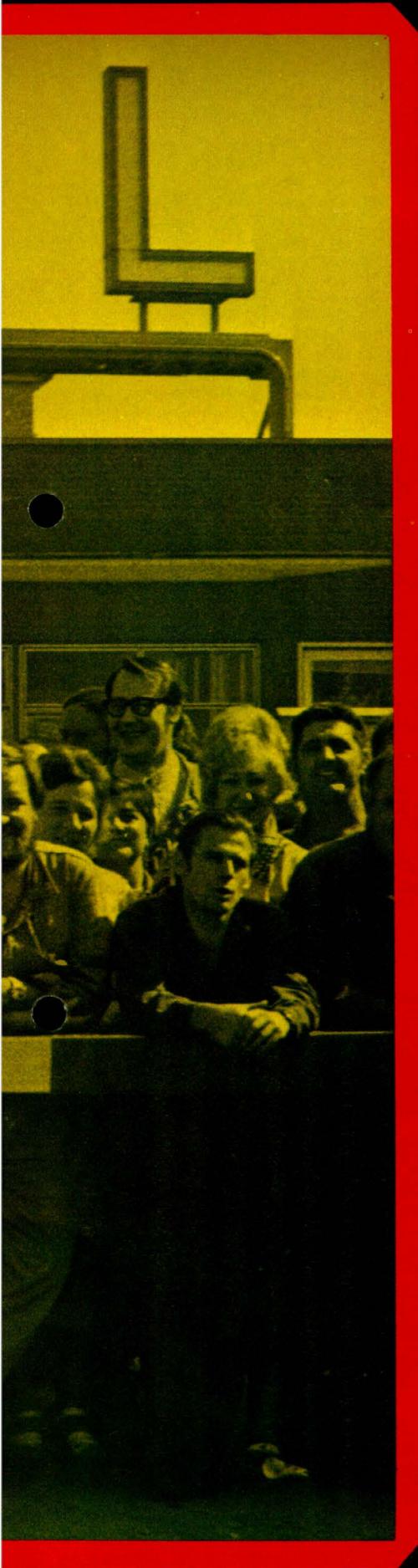
Rolf Jürgen Priemer



Der Schauplatz wechselt. Mal treffen sie sich im Essener Handelshof, mal im Düsseldorfer Eden, mal in Kastens Hotel in der Luisenstraße zu Hannover. Die Herren mit den dunklen Anzügen und den Aktenkoffern sind in einer wichtigen Angelegenheit unterwegs: es geht um Geld. Sind ihre Treffpunkte auch verschieden, die Hotels werden zentral reserviert. Sammelbesteller: Der Fachverband Heiz- und Kochgeräte-Industrie in Frankfurt, Fachabteilung Großkochenanlagen. In diesem Fachverband haben sich zehn Großküchenhersteller zusammengeschlossen, u.a. Küppersbusch, Neff und Haas & Sohn.

Kampf gegen Lohntütenschwund:

Von Wolfgang Bartels



Bei diesen trauten Gesprächsrunden wird es immer konkret. Zum Beispiel als es darum ging, für das 24geschossige Bürohaus der Genossenschaftlichen Zentralbank an der Bockenheimer Anlage in Frankfurt Kasino und Teeküchen einzurichten. Küppersbusch hatte den Auftrag schon im Sack. Küppersbusch-Manager Otto berief die Runde ins Frankfurter Airport-Hotel. Die Firmen Neff, Röder und Senking wurden aufgefordert, dem Bauherrn überhöhte Preisvorschläge zu unterbreiten, damit Küppersbusch drunter bleiben und trotzdem Extragewinne machen konnte. Gesagt, getan. Übliche Kalkulation: Selbstkosten plus hundert Prozent. So machen die Bosse die Preise. Gelsenkirchen, Küppersbusch-Werk. Vor dem Werkstor stehen Streikposten. Seit einer Woche kämpft die Belegschaft für eine Teuerungszulage. Erfolgreich. Die Konzernleitung ist gezwungen, 100 bis 200 DM pro Monat zu zahlen.

Teuerung frißt Löcher in Lohntüten

Opel, Ford, Rheinstahl, Gute-Hoffnungs-Hütte, Thyssen – in vielen Betrieben ein ähnliches Bild. Zehntausende Arbeiter wehren sich gegen die Teuerung, die Löcher in die Lohntüten frißt. Es ist Notwehr. Mittlerweile haben die Preiserhöhungen Rekordsteigerungsraten von acht Prozent. Lebensmittelpreise kletterten sogar um 11,3 Prozent gegenüber dem letzten Jahr. Die viel zu mäßigen Lohnerhöhungen des vorigen Winters sind längst von der Inflation überholt. Genausowenig wie die Arbeiter Mitbestimmung haben, können sie auf die Preisdiktate der großen Konzerne Einfluß nehmen. Ein Ausweg aus der Preis- und Steuer-schraube ist der Lohnkampf.

Ein streikender Opel-Arbeiter erklärt kurz und knapp: „Meine Miete ist von 360 auf 400 DM erhöht worden. Jeden Tag muß ich 18 Kilometer zur Arbeit fahren. Benzin und Versicherung sind jetzt auch teurer geworden. Jetzt ist Schluß!“

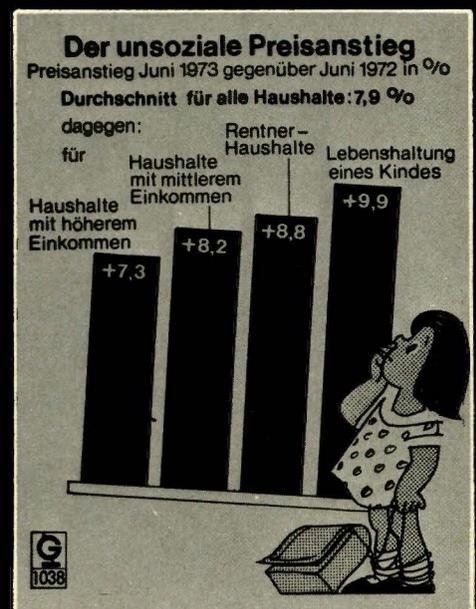
Und es klingt ihm wie ein bitterer Witz, als er erfährt, daß Ernährungsminister Ertl von seiner „Einfuhr- und Vorratsstelle“ Schweinehälften und Rinderviertel mit Steuergeldern aufkauft und in Kühlhäusern verschwinden läßt, damit das Fleisch knapp und teuer bleibt. Gleichzeitig werden Tomaten im Großmaßstab vernichtet, um die Preise künstlich hochzuhalten. Das ist „freie“ Marktwirtschaft!

Wer ist wild?

Als der Opel-Kumpel am nächsten Morgen die Zeitung aufschlägt, bleibt ihm die Spucke weg. „Radikale zetteln Streik an!“, liest er. „Drahtzieher“, „Rädelsführer“, „politische Aufwiegler“ – so ziehen sich die Diffamierungsversuche der Herrschenden durch Presse und Fernsehen. Alle möglichen Lügen werden erfunden, um von den wirklichen Ursachen der spontanen Arbeitsniederlegungen abzulenken. Die einheitliche Sprachregelung der bürgerlichen Presse lautet: „Wilder Streik“. Worauf die Diffamierung streikender Arbeiter als Wilde hinauslaufen soll, macht die bestreikte Opel-Direktion klar. Sie erklärt: „Die derzeitigen Arbeitsniederlegungen sind ungesetzlich.“ Ungesetzlich und wild ist in diesem Lande jedoch das Treiben des Großkapitals. Wild und rücksichtslos peitschen die Konzernherren die Preise in die Höhe.

Ungesetzlich und wild gebärden sich die Unternehmer, wenn sie prügelnde Polizisten, „Verfassungsschutz“-Beamte und Werkschutzleute aufbieten, um streikende Belegschaften zu disziplinieren. Das ist geschehen:

Hella-Werke, Lippstadt: Eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei geht mit Gummiknüppeln, gezogenen Pistolen und scharfen Hunden gegen die streikenden Arbeiter vor.



Vergaser-Firma Pierburg, Neuß: Brutaler Polizeieinsatz vor dem Werkstor gegen demonstrierende Arbeiterinnen. Mit Gummiknüppeln wird die griechische IG-Metall-Vertrauensfrau Mermela von mehreren Polizisten zusammengeschlagen. Einsatzleiter Knecht: „Ein wilder Streik ist eine Revolution!“

Opel, Bochum: Die Direktion läßt streikende Arbeiter durch Spitzel fotografieren und filmen. Der Chef des Werkschutzes, Karl Kalinski, ist altgedienter SS-Mann. Zusätzlich werden Polizeibeamte in Zivil und „Verfassungsschützer“ in und vor dem Werk eingesetzt.

Ford, Köln: Die Geschäftsleitung veranlaßt einen Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter und zettelte Schlägereien auf dem Werksgelände an.

Polizei im Ford-Werk, Köln



Metall-Lehrlinge fordern mehr Lohn



In einer Entschließung begrüßte die Ortsjugendversammlung der IG Metall Dortmund am 22. August den Beschluß des DGB-Kreisausschusses Dortmund, eine Protestkundgebung gegen den Preiswucher, für Erhöhung des Reallohnes durchzuführen. In der Entschließung heißt es:

„Gerade die jungen Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden werden vom Preiswucher und den völlig unzureichenden Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen besonders hart betroffen.

- Wir fordern in diesem Zusammenhang:
- gleichen Lohn und gleiches Gehalt für gleiche Arbeit;
 - Erhöhung der Beihilfen für Auszubildende in der Höhe von 180 DM;
 - sofortiger Preisstopp.“

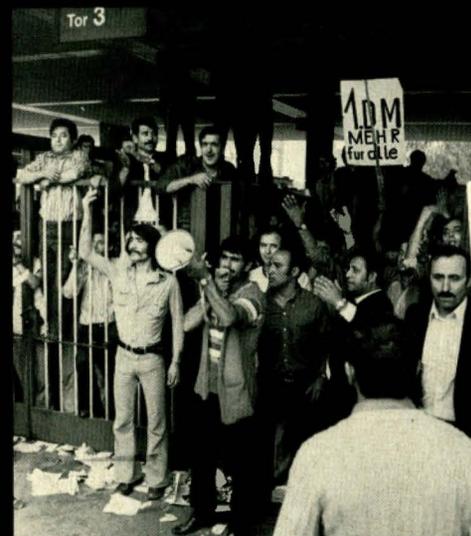
Die Bosse können zahlen



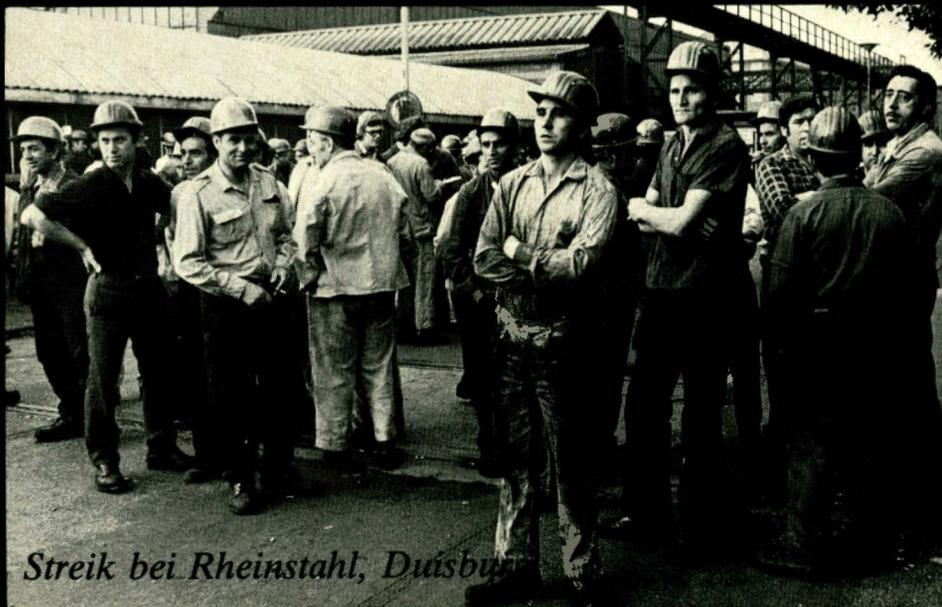
Die Unternehmer haben volle Kassen. In einem Jahr erzielte die Stahlindustrie bei unveränderten Belegschaften 20 Prozent Produktionssteigerung und kassierte Preissteigerungen bis zu 18 Prozent. Das „Handelsblatt“ berichtete, die Inflationsgewinne der Unternehmer hätten sich allein 1971 auf 27,4 Milliarden DM belaufen. Nach dem gleichen Berechnungsverfahren dürfte der Inflationsgewinn der Unternehmer in diesem Jahr über 50 Milliarden DM betragen.

Der Entlassungsknüppel

Jetzt drohen die Bosse mit dem Entlassungsknüppel. Willkürlich werden Kollegen herausgegriffen und fristlos entlassen, um die Belegschaften einzuschüchtern. elan sprach mit Hans-Joachim Schönstedt, Starkstrom-Elektriker bei Opel-Bochum. Bis vor kurzem war er noch Jugendvertreter und Mitglied im Ortsjugendausschuß der IG Metall. Durch sein konsequentes Handeln erwarb er sich das Vertrauen seiner Kollegen, die ihn zum Vertrauensmann der IG Metall wählten. Klar, daß er beim Streik nicht abseits stand. Ihn pickten sich die amerikanischen Opel-Bosse heraus und kündigten ihm als erstem von mehreren weiteren Opelarbeitern. Hans-Joachim: „Unter Werkschutzbewachung wurde ich zu meinem Arbeitsplatz gefahren, um meine persönlichen Sachen abzuholen. Die Werksleitung begründete die Entlassung damit, ich hätte ein Transparent mit der Aufschrift: ‚Streik – wir fordern 300 DM‘ getragen.“ Ein Solidaritätskomitee kämpft in Bochum für die Wiedereinstellung der gemäßregelten Kollegen. Mit Propaganda-Tricks versuchen die Herrschenden, unterstützt durch die Bundesregierung, die „Volks-Meinung“ gegen die streikenden Arbeiter aufzubringen.



Türkische Ford-Arbeiter fordern Teuerungszulage



Streik bei Rhestahl, Duisburg

Die Forderungen sind berechtigt



Die Arbeiter und Angestellten, die Lohnforderungen von mindestens 18 Prozent erheben, orientieren sich an folgenden Wirtschaftsdaten: Nicht nur der Inflationsverlust bei Löhnen und Gehältern, die höheren Steuern und Sozialabgaben von insgesamt 12 Prozent müssen wettgemacht werden, sondern der Produktivitätszuwachs in der Metallverarbeitung von sieben Prozent und in der Stahlindustrie von 14 Prozent erfordern eine echte Realloohnerhöhung.



Streikende bei Varta, Hagen

Drei Lügen gegen Lohnforderungen

Lüge Nr. 1: „Höhere Löhne gefährden die Stabilität.“ Ausgerechnet die Arbeiter, die am wenigsten Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen haben, sollen die Stabilität gefährden. Wenn Unternehmer dieses Wort in den Mund nehmen, meinen sie nur die Stabilität ihres Profits und treiben deswegen bedenkenlos die Preise in die Höhe. Stabilität für die Millionen arbeitender Menschen heißt höherer Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, heißt Beschneidung der Profite, höhere Löhne, heißt Brechung des Preisdiktats der Großkonzerne.

Lüge Nr. 2: „Lohnkampf gefährdet die Arbeitsplätze.“ Mit der Drohung des Verlustes der Existenzgrundlage soll den arbeitenden Menschen Angst eingejagt werden. Doch Arbeitsplätze werden in Wirklichkeit gefährdet durch rücksichtslose Profitjagd und Preistreiberei. Zurückdrängung der Macht der Monopole heißt auch sicherere Arbeitsplätze.

Lüge Nr. 3: „Gastarbeiter benehmen sich wie schlechte Gäste.“ Es ist den Bossen ein Dorn im Auge, daß gerade unsere ausländischen Kollegen im Kampf um Teuerungszulagen mit an der Spitze stehen. Ein alter Trick wird neu aufgelegt: Teile und herrsche. Einheimische Arbeiter werden gegen ausländische Arbeiter ausgespielt. Die Springer-Zeitung „Welt“ propagiert ganz offen Unterdrückung und Diskriminierung ausländischer Arbeiter: „Politiker, die bisher für die völlige Integration der Gastarbeiter in unsere Gesellschaft eingetreten sind, werden ihren Standpunkt überprüfen müssen.“

Unternehmerterror gegen streikende Arbeiter. Polizeiknüppel gegen kämpfende Belegschaften. Hetzpropaganda gegen berechnete Forderungen. Den Erfolg der spontanen Arbeiteraktionen konnten sie nicht verhindern. Immer deutlicher wird: Das Lügengewebe der angeblichen Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit ist zerrissen. Die Bosse selbst haben erneut den Beweis geliefert, daß Arbeiter und Kapitalisten sich unversöhnlich als Gegner gegenüberstehen, als Klassengegner.

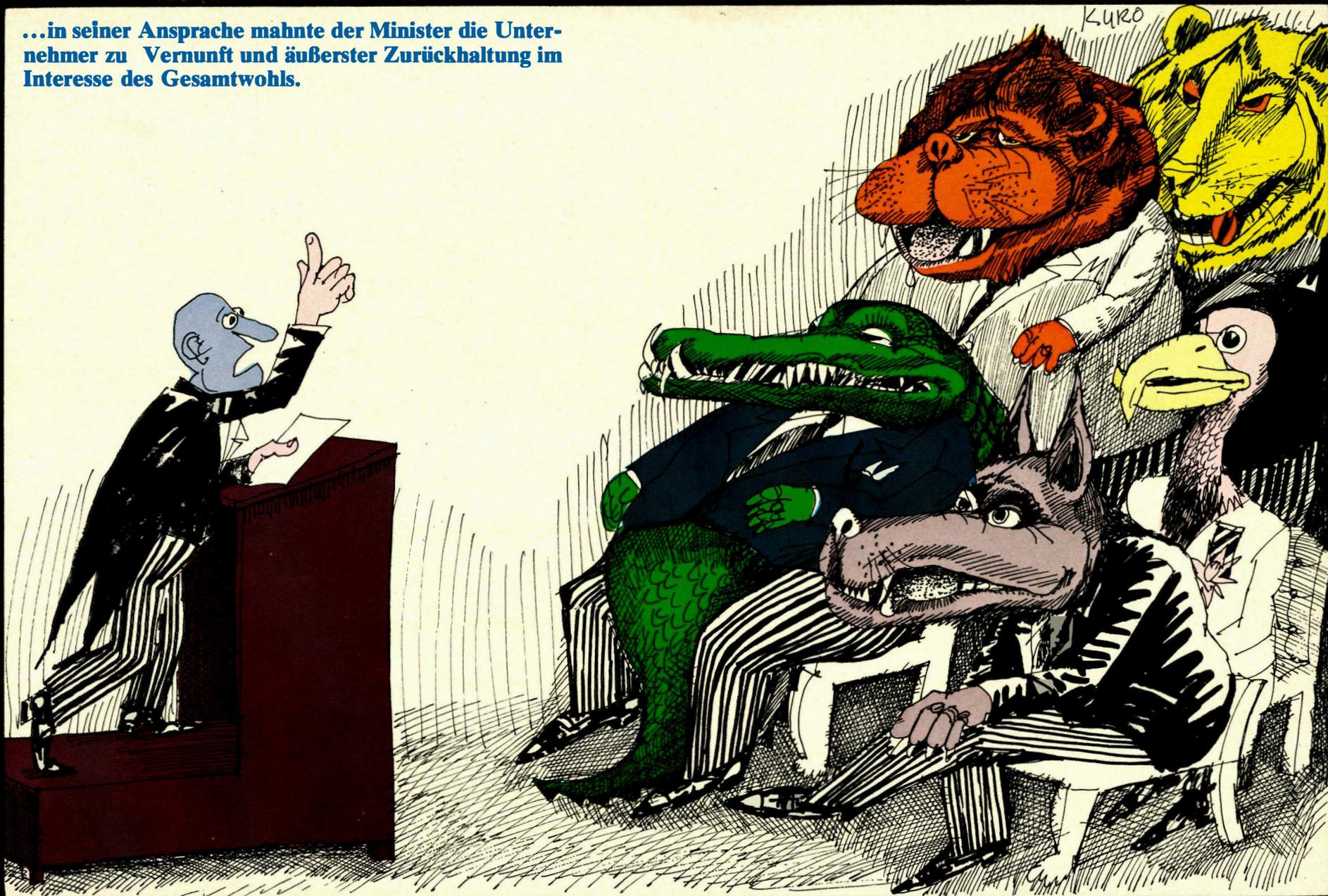
Nachdem die Unternehmer vorzeitige Lohnverhandlungen in der Metall-Industrie scheitern ließen, beschloß der IG-Metall-Vorstand, daß „alle Lohn- und Gehaltstarifverträge, alle Verträge über Ausbildungsvergütungen und alle kündbaren Verträge über Leistungszulagen zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden,

– alle Abkommen über zusätzliches Urlaubsgeld und alle Verträge über die Urlaubsdauer zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden können – und kürzere Laufzeiten der Tarifverträge anzustreben sind.“

In den Betrieben und den Gewerkschaftsgremien hat die Diskussion über Lohnforderungen für die kommende Tarifrunde längst eingesetzt. Betriebsräte- und Vertrauensleute-Vollkonferenzen in Köln, Kassel, Duisburg und anderen Städten fordern: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 18 Prozent, sieben Monate Laufzeit, vorzeitige Tarifvertragskündigung, falls die Teuerung zwei Prozent übersteigt, Anhebung der Ausbildungsvergütungen, regionale Tarifverhandlungen und Austritt aus der konzertierten Aktion. Die Ortsjugendversammlung der IG Metall in Dortmund beschloß, 180 DM mehr für jeden Lehrling zu fordern. Mit neuen Streiks werden die Forderungen bekräftigt. Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge sind kampfbereit. Die Tarifrunde wird heiß, damit die Kohlen stimmen.

8

...in seiner Ansprache mahnte der Minister die Unternehmer zu Vernunft und äußerster Zurückhaltung im Interesse des Gesamtwohls.





Arbeitsunfälle

Das statistische Landesamt von NRW veröffentlichte jetzt Zahlen über die Benachteiligung von Arbeiterkindern. Von Beamtenkindern gehen 13 % zur Hauptschule und 44 % auf Realschulen und Gymnasien. Bei Angestelltenkindern sind es 37 % bzw. 31 %. Facharbeiterkinder besuchen zu 63 % die Hauptschule. Nur 8 % sind Gymnasiasten. Bei Kindern ungelerner Arbeiter sind es 81 % bzw. unter ein Prozent.

Chancengleichheit?

Alle zwei Stunden wird in BRD-Betrieben ein Arbeiter durch einen Unfall getötet, alle sieben Minuten geschieht ein schwerer Unfall mit Rentenfolgen, alle 13 Sekunden ereignet sich ein Arbeitsunfall überhaupt. Nach Italien liegt die Bundesrepublik bei Arbeitsunfällen an der Spitze der Statistik der EG-Länder. Ein Hinweis: Im Verlag Marxistische Blätter ist das Buch erschienen: „Sicherheit des Arbeitsplatzes?“ (4 DM).

Fitneß-Pillen

Neuester Unternehmer-Trick, um aus den Arbeitern auch noch das allerletzte herauszupressen: An Stelle einer Pause wollen sie Fitness-Pillen und Aufputzmittel verabreichen. Die IG Metall hat scharf gegen solche Pläne protestiert und zur Wachsamkeit aufgerufen: „Unser Schwerpunkt muß liegen auf dem Gebiet der Optimierung des Kantinenessens, des Arbeitsplatzes, der Arbeitspausen und der Urlaubsregelung.“

Schutz für Jugendvertreter!

Aktion der Hamburger Gewerkschaftsjugend: „Von den Kollegen gewählt, von den Bossen gefeuert.“ Überall in der Bundesrepublik kämpfen Lehrlinge junge Arbeiter für absoluten Kündigungsschutz für ihre Interessenvertreter.

entlassenen Jugendvertreter angestellt zu haben. Ergebnis: „Als einheitlicher Trend hat sich das Bestreben der Firmen erkennen lassen, möglichst viele Jugendliche nach Abschluß ihrer Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen.“ Über 600 entlassene Jugendvertreter! Täglich werden es mehr! Das ist das wirkliche Gesicht der Unternehmer!

Aktion „Rote Zange“

Die „Rote Zange“ kneift gewaltig! Jeder Unternehmer, der gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstößt, läuft Gefahr, von dieser Zange gehörig ins Bein gezwickt zu werden. Denn die Rote Zange ist eine Aktion der IG Metall zum Jugendarbeitsschutz. Kaum ist sie angelauten, fühlen sich die Unternehmer auch schon gekniffen. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände erklärte die Aktion sofort als „polemisch“, „unserlös“ und „Aufforderung zur Bespitzelung und Denunziation“. Also: Diese Aktion ist das Richtige, um diese „seriösen“ Herren in die Zange zu nehmen.

Brief des Monats

Gabriele Maiborn, 29 Jahre alt, Stenokontoristin bei der Baufirma Polensky & Zöllner in Dortmund, liegt wegen einer schweren Magen- und Gallenoperation im Krankenhaus. Dort erhält sie per Einschreiben einen freundlichen Brief der Firmenleitung:

„Wir bedauern sehr, daß Sie seit längerer Zeit vom Pech verfolgt werden und hoffen mit Ihnen, daß die ärztliche Behandlung nunmehr nachhaltigen Erfolg bringt. Zur völligen Genesung wünschen wir Ihnen alles Gute.“

Ein zweites Schreiben liegt separat bei. Das ist nicht mehr so freundlich:

„Der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung im Baugewerbe folgend müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß wir das bestehende Arbeitsverhältnis kündigen.“



„Herr-im-Haus-Orden“



Herr Deppenmeier ist Herr der Volksbank Bielefeld. Und als solcher führt er sich auch auf: Der Jugendvertreter Günter Petersen wollte die veralteten Ausbildungsmethoden ändern. Deppenmeiers Antwort: Raus-schmiß! Schnell war die SDAJ zur Stelle. Für Deppenmeier stiftete sie den „Herr-im-Haus-Orden“. In einem „demonstrativen Akt“ wurde er überreicht. Dem „Herrn im Hause“ wurde klargemacht: „Wir fordern sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Günter Petersen!“

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Der Maulkorb

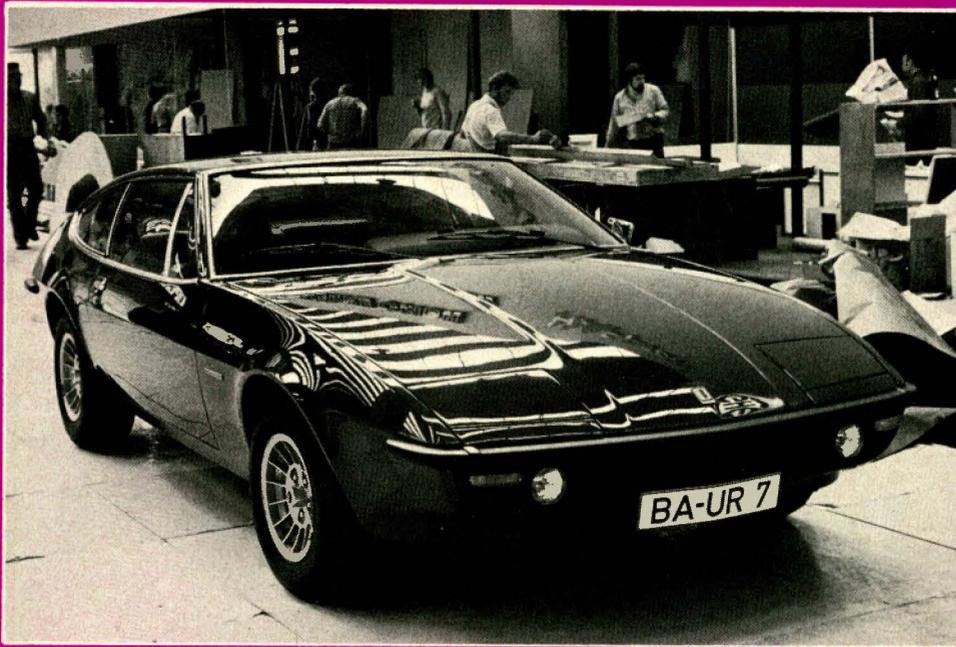
Der „Rote Metallbohrer“, die SDAJ-Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter in Hamburg-Wandsbek, berichtet, wie die Bosse der Firma Dolmar der Jugendvertretung einen Maulkorb umhängen wollen:

Die Jugendvertreter waren von der Jugendversammlung beauftragt worden, über die Forderungen nach Fahrgeldzuschuß, Stellung von Arbeitskleidung und einigen anderen Fragen der Ausbildung mit der

Unternehmensleitung zu verhandeln. Selbstverständlich hielten es die Jugendvertreter nach den Verhandlungen für ihre Pflicht, die Kollegen zu informieren, wie es auch im Betriebsverfassungsgesetz verlangt wird. Aus diesem Grunde wollte die Jugendvertretung ein Informationsblatt herausgeben. Der Geschäftsleitung paßte das nicht in den Kram und sie verbot kurzerhand die Herausgabe des Infos. Das Info erschien trotzdem: es wurde vor dem Betrieb verteilt.



Internationale Automobilausstellung Frankfurt/M.



Jede Menge Blech und Technik bietet der neue „Bitter-Diplomat CD“, der auf der IAA Weltpremiere hatte, seinem Käufer – für runde 50 000 DM. Wer soll das bezahlen?

17 Millionen Pkw rollen über bundesdeutsche Landstraßen und Autobahnen. 23 Meter beträgt der Abstand von Stoßstange zu Stoßstange noch – aber ein Nachlassen der Zuwachsraten ist nicht absehbar. Ins Hintertreffen geraten sind Autostraßenbauer und Parkplatzanleger. Und das nicht nur in den Zentren der Großstädte. Hinzu kommt die zunehmende Luftverschmutzung und -vergiftung durch Motoren in Form von Kohlenmonoxyd und Blei.

Ein anderes Problem – nicht weniger wichtig – ist der Sicherheitsfaktor unserer Autos. Im Vorjahr fand das regelmäßige Gemetzel auf unseren Autostraßen mit 18735 Toten einen neuen Höhepunkt, der zugleich Weltspitze ist (gemessen an Bevölkerungszahl und Fahrstrecke). Wir wollten wissen: gibt die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt (13.-23.9.73) Antwort auf diese brennenden Fragen?

MIT DIESSEM AUTO IN DIE



Sieht so die Zukunft für Autofahrer aus?

Um die Antwort vorwegzunehmen: weitgehend Fehlanzeige, mal abgesehen von einigen theoretischen Erwägungen und beginnenden Experimenten. Trotz der optimistischen Parole „Mit dem Auto in die Zukunft“ zeigt die IAA vor allem aufgepolierte Monster von gestern. Nach vier Jahren hat diese Supershow erstmals wieder ihre Wagenschläge geöffnet. Die letzte (1971) ließen die Veranstalter platzen, weil die auf Strauß und Barzel eingeschworenen Auto-Konzernbosse die Wahl-niederlage ihrer Spezies in den Schmollwinkel trieb.

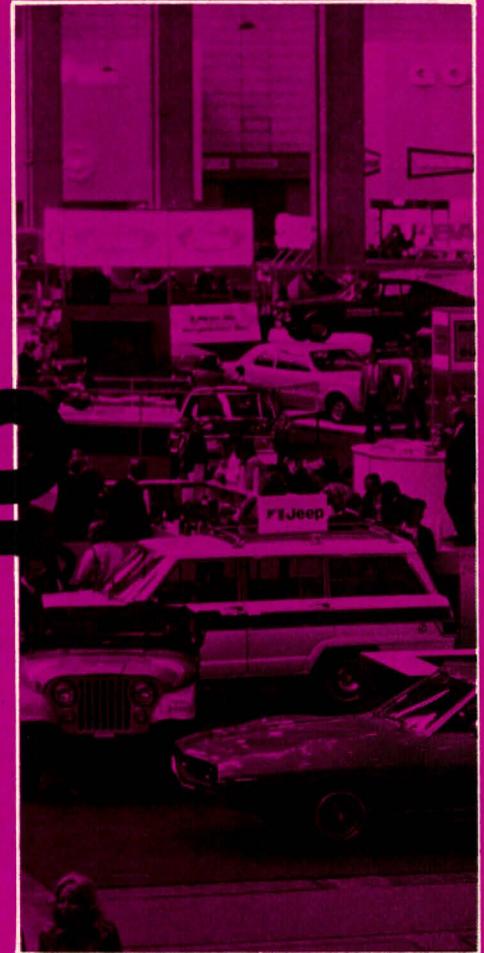
Natürlich versichern die Autoproduzenten ununterbrochen, daß sie Sicherheits- und Umweltprobleme ernst nehmen. Aber: „Man darf hier zwar Fortschritte, aber keine Wunder erwarten. Von



Mit dem „mechanischen Esel“ will VW in das Geschäft in der dritten Welt einsteigen. Zwar soll der Schlicht-Transporter nicht bei VW montiert werden, doch liefert das Werk Motor, Getriebe und Vorderachse mit Lenking. Profite mit der „Entwicklungshilfe“.

Statt Umweltschutz – viel Blech

Den Tod auf der Straße wird auch dieses neue Ford-Modell „T5 Mach 1“ nicht aufhalten. Sicherheit steht immer noch an zweiter Stelle.

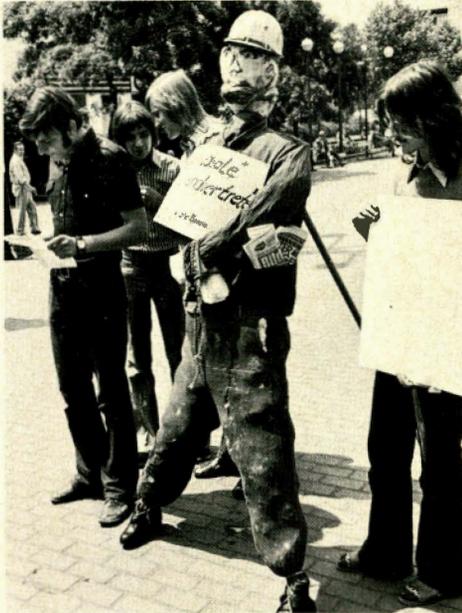


ZUKUNFT?

der Seite der Technik hat die Sache ihre Grenzen“, entschuldigt Mercedes-Boß Zahn. Und denkt wohl dabei weniger an technische Grenzen, als an Grenzen des Profits. Denn die größte Angst haben die Fließbandbesitzer der westlichen Welt gemeinsam: daß ihre Kundschaft bei weiterer drastischer Verteuerung der Chromschlitten beim Kauf Zurückhaltung übt. Und Preiserhöhungen sind ja wohl die einzige Lösung, wenn man bei Zahn und seinesgleichen aus verständlichen Gründen keinesfalls die eigenen Profite zur Disposition stellen wird. Wirksame Sicherheitssysteme sowie giftärmere Maschinen sind zwar nicht billig, aber dringend notwendig. Und was auf diesem Sektor bisher in Serienproduktion geboten wird, sind Halbheiten, die den Tod auf der Straße kaum aufhalten werden.

Was neu ist, hört sich in den „Verkaufsargumenten“ der Werbetexter dann so an: „Fahren Sie das neue Auto, das im Ford Taunus '74 steckt... Die Straßenlage ist neu. Der Fahrkomfort ist neu... Der Luxus ist neu. Die Innenraumgestaltung ist neu.“ Mehr nicht. Zum Überleben im Bedarfsfall zu wenig. Spricht das IAA-Angebot gegen das Auto als solches? Nein, keinesfalls. Nur vieles spricht gegen die Praxis, den Autofahrer auf die Straße zu schicken wie einen Bergsteiger, dem man zwar Seil und Haken vorenthält, dafür aber mit einem Maßanzug bekleidet.

Der Rote Kuckuck



Hamburg: Raus mit portugiesischen Kriegsschiffen!

Von der Presse als Attraktion gefeiert besuchte die „Sagress“, Schulschiff der portugiesischen Kriegsmarine, den Hamburger Hafen. Anstatt den Besuch der portugiesischen Völkermörder nach dem bekanntgewordenen Massaker von Wryamu abzusagen, wurde der „Sagress“ ein großer Empfang bereitet. Täglich organisierte die Bundeswehr Besuchsfahrten zu den portugiesischen Faschisten. Die SDAJ Altona verteilte an die Besucher Flugblätter, in denen auf den portugiesischen Kolonialterror aufmerksam gemacht wurde. Demonstrativ wurde der Rote Kuckuck an den Schiffsrumpf geklebt. Die Wasserschutzpolizei nahm einen der SDAJler fest. Sein „Verbrechen“: Über Megaphon hatte er auf den Völkermord in Afrika aufmerksam gemacht.



Bochum: Der „ideale“ Jugendvertreter

Denkmalsenthüllung auf dem Bochumer Husemannplatz. Der „ideale Jugendvertreter“ gibt sich die Ehre. So wie die Bosse ihn haben wollen, stellt er sich vor: Geknebelt und gefesselt, damit er die Interessen seiner Kollegen nicht wahrnehmen kann. Mit dieser Aktion fordert die Bochumer SDAJ absoluten Kündigungsschutz für Jugendvertreter. Unterschriftenlisten, die zur Solidarität mit den gefeuerten Jugendvertretern aufrufen, füllen sich schnell. Nach der Aktion werden sie an Bundesarbeitsminister Arendt geschickt – zusammen mit einem durch den Roten Kuckuck gepfändeten Betriebsverfassungsgesetz.

Biedenkopf: Roter Kuckuck für Landrat

Hans-Günther Hepe war Jugendvertreter im Landratsamt des Kreises Biedenkopf. Er kritisierte Ausbildungsmissstände und setzte sich für die Lehrlinge ein. Jetzt übernimmt ihn der SPD-Landrat Dr. Sorge nicht ins Angestelltenverhältnis. Die Gewerkschaftsjugend stellte sich sofort hinter Hans-Günther und organisierte eine Kundgebung. Die SDAJ verpaßte dem Landrat den Roten Kuckuck.

Moers: Gartenzaunstreichen ist nicht Sache

Elektriker wollen Lehrlinge der Firma Kratz in Moers werden. Doch sie müssen sich im Gartenzaunstreichen und Werkstattrenovieren üben. Jetzt klebte die Moerser SDAJ den Roten Kuckuck an die Werkstatt-Tür. In den meisten Moerser Betrieben sieht es ähnlich aus. Diese Aktion war Auftakt einer ganzen „Lehrlingswoche“. Höhepunkt war die symbolische Beerdigung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und die Enthüllung eines „Lehrlingsdenkmals“.

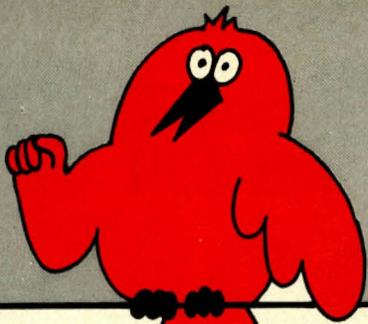
Braunschweig: Kuckuck im Luther-Werk

Berufsbild wird nicht eingehalten. Lehrlinge müssen Messingteller und Pokale für den Chef machen. Die Lehrmaschinen sind über 50 Jahre alt. Wichtige Schutzvorrichtungen fehlen. Für 40 Lehrlinge gibt es einen Ausbilder. Lehrlinge arbeiten in einer Akkordko-

lonne mit Vorgabezeiten. Für 30 Schlosser gibt es ganze zwei Waschbecken. Einen Aufenthaltsraum für die Lehrlinge gibt es nicht. So sieht es aus bei den Luther-Werken in Braunschweig. Jetzt wurde das Werk mit der Aktion Roter Kuckuck „gepfändet“.

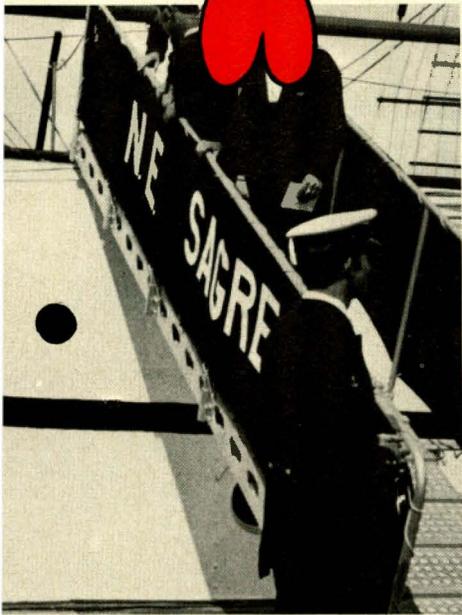
Schwarzenbek: Gegen Kantinen-Preiswucher

In der Schwarzenbeker Sachsenwald-Kaserne schlug der Rote Kuckuck zu. Ziel war der Kantinen-Pächter. Rücksichtslos nutzt er seine Monopolstellung, um den Wehrpflichtigen überhöhte Kantinenpreise abzuknöpfen. Zum Beispiel Orangensaft. In der Kantine kostet er 2 DM. Der Preis in einem normalen Geschäft: 88 Pfennig. Der Rote Kuckuck fordert: Runter mit den Preisen!



in Aktion

*) An der Aktion Roter Kuckuck kann jeder teilnehmen. Damit alles gebrandmarkt wird, was fortschrittlicher Ausbildung, friedlicher Entwicklung und den Grundrechten der Jugend im Wege steht. Bei elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16, kann man Kuckuck-Selbstkleber bestellen. Kostenlos. Schreibt uns unbedingt, wo ihr Kuckuck-Aktionen macht und welchen Mißstand ihr im Visier habt. Damit ihr eure Kosten decken könnt, überweisen wir für jeden von uns veröffentlichten Aktionsbericht mit Foto als Kostenerstattung DM 10,-.



Essen: Kanonenkönig Krupp

Die Meldung machte schnell die Runde: Krupp steigt wieder ins Rüstungsgeschäft ein. US-Panzerfahrzeuge werden für BRD-Gebrauch umgerüstet. Schnell trat die SDAJ In Aktion: Eine Panzerattrappe war schnell gebaut und vor der Lehrwerkstatt aufgestellt. Die Forderung: Krupp darf nie wieder Waffenschmiede werden!



Dortmund: Tatort Hoesch-Lehrwerkstatt

Der Hoesch-Konzern bekam von Lehrlingen den Roten Kuckuck verpaßt. In der Lehrwerkstatt klebte er auf uralten Werkzeugen, Drehbänken und Schraubstöcken, auf zu kleinen Spinnern und auf den Toiletten, von denen zu wenige da sind und für die es Wartelisten gibt. Angeprangert wurde auch die lehrlingsfeindliche Stufenausbildung.



Wuppertal: Dr. Herberts ist sauer

Dr. Herberts läßt sich gern „Unternehmer aus Leidenschaft“ nennen. Er ist Chef der Wuppertaler Lackfabrik Herberts. Seine „Leidenschaften“: Verstöße gegen das Jugendarbeitschutzgesetz. Verkauf der Belegschaft an den Hoechst-Konzern. Schlechte Berufsausbildung. Klar, daß der Rote Kuckuck sich nicht zweimal rufen ließ. Verbunden mit konkreten Forderungen wurde er Dr. Herberts „verliehen“. Gleichzeitig gab die SDAJ einen Steckbrief heraus, in dem Dr. Herberts Vergehen angeprangert werden. Ironisch heißt es: „Für die Ergreifung des Täters ist mehr Mitbestimmung, die Einhaltung des Jugendarbeitschutzgesetzes und eine gute, qualifizierte Ausbildung ausgesetzt.“ Dr. Herberts fühlte sich getroffen. Er zeigte die Wuppertaler SDAJ-Vorsitzende und Mitglied des elan-Redaktionsbeirats Elke Dahl wegen Beleidigung an.

Bochum: Werkschutz prügelt

19 000 Opel-Arbeiter streiken geschlossen für 300 DM Teuerungszulage. Die Unternehmer wollen nicht zahlen, obwohl sie ohne weiteres könnten. Mit Werkschutz und „Verfassungsschutz“ gehen sie gegen die Arbeiter vor. Die SDAJ erklärt sich mit den Streikenden solidarisch und verleiht der Konzernleitung wegen Verweigerung der berechtigten Forderungen der Belegschaft den Roten Kuckuck. Während der Aktion wird die SDAJ-Vorsitzende Marianne Meier von leitenden Angestellten und Werkschutzleuten tätlich angegriffen. Doch trotz aller Einschüchterungsversuche: Solidarität geht weiter.

Köln: Preise runter

Die Firma Galco beschickt Getränkeautomaten und Kantinen bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln. Die Galco-Preise können sich sehen lassen. Sie sind so hoch, daß die KHD-Arbeiter nicht länger bereit sind, zuzusehen. Sie fordern von der Konzernleitung den Rauschmiß des Kantinenpächters und Kontrollrechte für den Betriebsrat über die Preisgestaltung. Der Rote Kuckuck – von der Lehrlingszeitung „Der Kolbenfresser“ an die Galco verliehen – unterstützt diese Forderung.

Wer spricht für die Arbeiter?
Hartmut Kowsky weiß Bescheid:



Hartmut heiße Herbst

„Wie seid ihr denn gerade auf mich verfallen?“ Hartmut Kowsky ist zuerst gar nicht begeistert darüber, daß wir ausgerechnet ihn für ein Interview auserkoren haben.

„An mir ist doch gar nichts besonderes dran“, war seine erste Reaktion. Aber darum ging es uns ja gerade: Ein ganz normaler junger Kumpel soll mal sagen, was es für ihn bedeutet, wenn die UZ – die Zeitung der DKP – Tageszeitung wird. Geht ihm das was an? Nützt ihm das? Na, wir wollen sehen!

„Ihr könnt mir gratulieren. Heute bin ich Jugendvertreter geworden!“ Na, dann erst mal „Herzlichen Glückwunsch!“ Hartmut arbeitet bei der Deutschen Babcock & Wilcox AG in Oberhausen. Er ist im dritten Lehrjahr als Technischer Zeichner. Und jetzt frischgebakener Jugendvertreter. Für Hartmut kommt in der letzten Zeit viel zusammen. Seine Genossen der DKP wählten ihn als Delegierten zum Parteitag nach Hamburg. „Stell dir das mal vor“, sagt mir Hartmut, „da fahre ich zusammen mit alten und erfahrenen Genossen, die schon Jahrzehnte im Klassenkampf stehen, zum Parteitag. So ein Vertrauen in die Jugend gibt es in keiner anderen Partei. Das finde ich Klasse!“ „Wie alt bist du denn, Hartmut?“ „Noch 16.“

nuts r st

Von Ruth Sauerwein

„Und im Betrieb. Wie läuft es da? In der letzten Zeit haben viele Belegschaften für Teuerungszulagen gestreikt. Ist es auch bei euch Aktionen gekommen?“ „Bei uns ist es schon im Juni zu einem einstündigen Warnstreik gekommen. Aus Protest gegen die Preisexplosion. Jetzt bekommen wir eine einmalige Gratifikation im Zusammenhang mit dem 75jährigen Betriebsjubiläum. Arbeiter und Angestellte zwischen 300,- DM und 500,- DM und für Lehrlinge zwischen 10,- DM und 150,- DM, je nachdem, wie lange sie da sind.“

„Wie haben denn die Arbeiter bei euch auf die Streiks reagiert?“

„Es gab natürlich viele Diskussionen. Vor allem natürlich nach den Ereignissen bei Ford.“

„Die UZ wird am 1. Oktober Tageszeitung. Was meinst du dazu?“

„Also, während solcher Streikaktionen wie in den letzten Wochen, da merkt man täglich, daß man so eine tägliche Informationsquelle braucht. Die anderen Zeitungen waren alle gegen die Streiks. Da heißt es immer Meinungsvielfalt in der Presse und so. Wer hat

während der Streiks im Interesse der Arbeiter geschrieben? Das war doch die UZ und die erschien eben nur einmal in der Woche. Die anderen Zeitungen standen alle fest an der Seite der Unternehmer. Allen voran die Bildzeitung. Besonders nach den Ereignissen bei Ford: da setzten sie alles daran, deutsche und ausländische Arbeiter gegeneinander zu hetzen. Also, da hätte ich was drum gegeben, wenn ich da die UZ gehabt hätte, damit man schnell die wahren Zusammenhänge erfährt. Da kann man doch gleich viel besser diskutieren.“

„Und was macht ihr hier in Oberhausen für die Verbreitung der UZ?“

„Z.B. am 15. September, wenn die Null-Nummer kommt, werden wir einen Stand in der Stadt machen. Um die Verbreitung unserer Zeitung müssen wir uns selbst kümmern, das nimmt uns keiner ab. Klar. Die dicken Anzeigen von AEG, Hoesch, Oetker und wie sie alle heißen werden wohl nicht so fließen. Da müssen eben Arbeitergroschen ran. Bei uns wird wie überall gesammelt für die UZ.“ Viel Arbeit für Hartmut. Da bleibt kaum noch Zeit für sein Hobby: Fotografieren. Aber Hartmut ist Optimist: er wird seinen Fotoapparat nicht einmotten.



UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP	Dr. Wenzel-Verlag GmbH 41 Duisburg 12 Pothmannstraße 12 Telefon (0 21 31) 46 00 21
<input type="checkbox"/>	Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — Zeitung der DKP — zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50.
<input type="checkbox"/>	Sobald die UZ als TAGESZEITUNG erscheint, abonniere ich sie zum monatlichen Bezugspreis von DM 7,—
Name, Vorname	
Beruf	
PLZ	Ort
Straße und Hausnummer	
Unterschrift	Datum
Werber:	
Bemerkungen	
Wenn Ihre Bestellung für die Tageszeitung bis zum 30. 9. 73 vorliegt, wird sie Ihnen einen Monat gratis geliefert.	

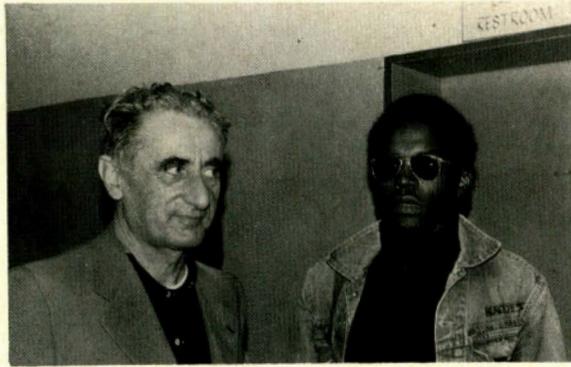
UZ

ab 1. OKTOBER

TAGESZEITUNG

WER SCHÜTZT UNS VOR DEN AMIS?

US-Armee am Main



Padre Cesare Bertuli (links) und Larry Johnson.

Frankfurt – Heidelberg – Neu-Ulm: zwischen Main und Donau sind über 200 000 Soldaten der 7. US-Armee stationiert. Diese Besatzungsmacht schränkt die Souveränität, die die Bundesregierung seltsamerweise gewährleistet sieht, erheblich ein.

Auf Weisung der Besatzer haben Landesregierungen, insbesondere die CSU-Regierung in Bayern, Bauern zugunsten der US-Truppen enteignet und Naherholungsgebiete zu Munitionsdepots und Truppenübungsplätzen der NATO gemacht. Telefongespräche westdeutscher Bürger werden vom US-Geheimdienst abgehört.

Auf dem Territorium der BRD lagern amerikanische Atomwaffen, die eines Tages dazu dienen können, unser Land und andere Länder Europas dem Erdboden gleichzumachen.

Über alles wacht US-General Davison, Oberkommandierender der amerikanischen Truppen in Europa. In der Bundeshauptstadt Bonn tritt er nach wie vor als Besatzungschef auf.



John Dougall, Angehöriger des US-Militärgeheimdienstes, brachte Unterlagen über den

Telefonabhörskandal, die er vernichten sollte, an die Öffentlichkeit.

General Davison mimt den Besatzungschef

Am 16. Mai 1973 forderte er von den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Bundestages, daß die Rüstungskosten in der BRD nicht gesenkt werden.

Außer dieser Nötigung forderte er die Bundesregierung auf, sie solle diejenigen „zum Schweigen bringen“ (wörtlich!), die für eine Auflösung der Militärblöcke eintreten. Was hat das, bitte, mit Souveränität zu tun? Das fällt immer mehr Menschen in unserem Land auf. Sie nehmen die Willkürakte der US-Besatzer und deren Unterstützung durch bundesdeutsche Militärs und Politiker nicht mehr schweigend hin.

In zahlreichen Städten wurden Bürgerinitiativen gebildet. Sie führten Protestkundgebungen durch und demonstrierten vor der US-Botschaft in Godesberg und vor dem Bundesverteidigungsministerium.

Was sollen wir in einem fremden Land? "

Nicht viel anders sieht es im Grunde in der 7. US-Armee aus. Insbesondere unter den rund 100000 Mannschaftsdienstgraden hört man immer häufiger die Frage: „Was haben wir in einem fremden Land verloren?“ Die Unzufriedenheit äußert sich auf die verschiedenste Art und Weise: Ungehorsam, Sabotage.

„Schätzungsweise 70 bis 100 Prozent der GIs rauchen Haschisch: 5 bis 10 Prozent etwa sind heroinsüchtig“, sagte mir ein GI. Selbst der Rassismus tritt unter den Mannschaftsdienstgraden etwas zurück. „I don't like black, but I hate green.“ – „Ich mag schwarz nicht, aber ich hasse grün“, ist eine gängige Redewendung unter weißen GIs, eine Anspielung auf die grünfarbenen Kampfanzüge. Wenn sich in letzter Zeit die Meldungen von Überfällen auf Zivilisten, von Vergewaltigungen durch US-Soldaten häufen, hat das mit Sicherheit eine Ursache darin, daß die US-Militärs ihre Soldaten zur gleichen Menschenverachtung erziehen wollen, wie in Vietnam.

„Es gibt zwar offiziell ein ‚Kontaktprogramm‘ der Militärführung mit der Bevölkerung, aber das wird streng kontrolliert“, höre ich. „Man ist daran interessiert, jede Chance zu einem intensiveren Kennen- und Verstehenlernen zu unterbinden.“ Die „Einsatzbereitschaft“ soll nicht gefährdet werden.

Den Beweis dafür lieferte im August 1973 der US-Soldat Wayne Spark von der 8. Infanterie Division in Bad Kreuznach. Er veröffentlichte ein armeeinternes „Counterdissidence-Programm“ – ein „Anti-Abtrünnigen-Programm“. In diesem Papier werden US-Soldaten unter anderem aufgefordert, auch auf deutschen Veranstaltungen zu spitzeln. Also praktisch schon heute ein Einsatz gegen die Zivilbevölkerung. „Es gibt sogar eine beträchtliche Anzahl GIs, die Angst vor den Menschen in diesem Land haben, denn viele von ihnen lernen in ihrer ganzen Armeezeit hier außer dem Barbesitzer, der sie ausnimmt, kaum einen Einheimischen näher kennen“, erklärt mein Gesprächspartner. Interessant ist, was die US-Armee unter „Verrat“ versteht. Das ist laut „Counterdissidence-Programm“ die „Bekundung der Ablehnung von militärischen, politischen oder sozialen Gebräuchen“. Die Führung der US-Armee will Marionetten als Soldaten. Daß ihr das bei weitem nicht immer gelingt, ist das Verdienst solcher Soldaten wie John Hamilton und Larry Jackson.

Sie sagen nicht nur, wie inzwischen schon die meisten ihrer Kameraden „FTA – Fuck the army“, sie gehören zu denen, die RITA machen: „Resistance inside the Army“ – Widerstand in der Armee. John Hamilton wurde von seinen Vorgesetzten schikaniert, weil er ärztliche Atteste über seine Dienstunfähigkeit beibrachte. Vorgesetzte versuchten sogar, ihm seine Krankenpapiere illegal zu rauben. Trotzdem gab er nicht klein bei. Auch dann nicht, als er vor das Militärgericht gestellt wurde.

Das „Lawyers Military Defense Committee“ (ein Rechtsbüro zur Verteidigung von demokratischen US-Soldaten) in Heidelberg hat inzwischen Ermittlungen gegen die Vorgesetzten von John Hamilton eingeleitet.

Oder Larry Johnson, ebenfalls ein schwarzer GI: Er erkannte, daß die US-Regierung politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung für den portugiesischen Völkermord in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique leistet. Daraufhin beantragte er sein Ausscheiden aus der Armee. Er wurde angeklagt und vor ein Militärgericht gestellt: wegen Ungehorsams, Nicht-Grüßens von Vorgesetzten, der Weigerung, die Uniform zu tragen.

Am 19. Juni 1973 wurde der Prozeß in Kaiserslautern durchgeführt. Zum ersten Mal geschah es, daß ein Soldat in Zivil und nicht, wie vorgeschrieben, in Uniform vor dem Militärgericht erschien. Als Zeugen hatte Larry Johnson den katholischen Geistlichen Cesare Bertoli gewonnen, der 1971 mit 41 anderen Geistlichen aus Mozambique ausgewiesen

In der Militärbibliothek: Solidaritätsmeeting während des Prozesses gegen Larry Johnson.



worden war, weil er den portugiesischen Terror anklagte. Während das Verfahren durchgeführt wurde, fand in der Militärbibliothek im gleichen Haus ein Gegenprozeß von Freunden des Angeklagten statt. Die Solidarität trug dazu bei, daß Johnson eine vergleichsweise geringe Strafe erhielt.

Übrigens: die 7. US-Armee besteht inzwischen ausschließlich aus „Freiwilligen“, also aus längerdienenden oder Berufs-Soldaten.

Mit der „Freiwilligkeit“ ist es allerdings nicht weit her. Viele junge Menschen in den USA ziehen angesichts der sich verschlechternden sozialen Situation, aus unüberlegter Abenteuerlust oder auch weil ihnen eine Haftstrafe droht, den Weg in die Armee vor.

Ans Grübeln kommen sie erst später, wenn sie spüren, wie sie erniedrigt und zu willigen Automaten gemacht werden sollen.

US-Atomraketen zeigen auf Prag

Wie zum Beispiel bei jenem GI in Neu-Ulm.

In Neu-Ulm sind Raketeneinheiten der USA stationiert. Pershing-Raketen mit Atomsprengköpfen. Sie haben eine mittlere Reichweite und sind nach wie vor auf die Hauptstadt der CSSR, auf Prag gerichtet.

„Zuerst denkt man gar nicht darüber nach. Da sind die Raketen, der Mechanismus, mit dem man vertraut ist. Über das Ziel und die Wirkung hat man keine Vorstellung. Alles ist weit weg. Erst später überlegte ich: da ist Prag, eine Stadt mit Menschen, die in Frieden leben wollen. Männer, Frauen, Kinder, sie alle würden bei einem Pershing-Einsatz ausgerottet. Da kann man nicht mehr.“

Er ist nicht der erste, der zu dieser Schlußfolgerung gekommen ist und sicherlich auch nicht der letzte. Nach wie vor gibt es auch US-Soldaten, die desertieren, auch hier in Europa, auch hier in der Bundesrepublik. Sie haben es nicht leicht. Selbst Schweden gewährt Deserteuren inzwischen kein Asyl mehr. Nur in Frankreich können sie noch Unterschlupf finden. Aber dort taucht das Hauptproblem dann bei der Arbeitssuche auf: sie haben kaum eine Chance.

Aber zurück in die Bundesrepublik, zurück zu unserem Ausgangspunkt, die Souveränität. Ausgerechnet ein US-Soldat war es, der die Bundesregierung auf ihre Vernachlässigung der Souveränität aufmerksam machte und uns vor Augen führte, wie uns unsere Bundesregierung zu verschaukeln sucht: 1968 nämlich war es praktisch das letzte Argument der Befürworter der Notstandsgesetzgebung, daß mit den NS-Gesetzen die alliierten Vorbehaltsrechte endgültig abgelöst würden und die volle Souveränität der BRD erreicht sei.

US-Soldat enthüllt Abhörskandal

Der Angehörige des US-Militärgeheimdienstes John M. McDougal war es, der mit Dokumenten bewies, daß westdeutsche Bürger von der US-Armee abgehört werden.

Kurze Zeit später klärten Angehörige der US-Armee eine weitere Abhöraffaire in Hanau (Hessen) auf, von der Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten betroffen waren.

Die US-Besatzer entmündigen unser Volk, mit ihrer Existenz gefährden sie den Frieden in Europa. Sie sind überflüssig, wie die Läuse auf dem Kopf. Die einzige Konsequenz für die demokratischen Bürger unseres Landes, ebenso wie für die demokratischen US-Soldaten heißt: Raus mit den Besatzungstruppen aus der Bundesrepublik! Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes!



Papa liest aus der Zeitung vor

Dn, Mama, weißt dn noch, als ich dir dat Dingen von Eintracht-Braunschweig vorgelesen habe, warum die jetzt mit so'n Hirsch aufm Trikot für Schnaps Reklame liefen? Weißte nicht mehr, nee? – Die sind abgestiegen aus der Bundesliga. Jetzt können sie in der Kreisklasse ihren Hirsch röhren lassen. Wo steht das? Auf der Rückseite? Ach, dat mit den Wohnungen! Ja, hab ich. 2,5 Millionen wohnen noch in Behelfswohnungen, also in Unterküften, die nicht so schön sind, und in Frankfurt und so haben sie Hochhäuser gebaut, die stehen leer. Und muß der Hausmeister abends immer durchgehen und Licht in allen Wohnungen anmachen, damit man denken soll, die Dinger sind gefragt. – Aber warum wohnt wohl keiner in diese Wohnsilos? Hast dn gehört, Mama?

Fernsprechgebühren werden in der BRD jetzt auch wieder teurer. Müssen ja teurer werden:

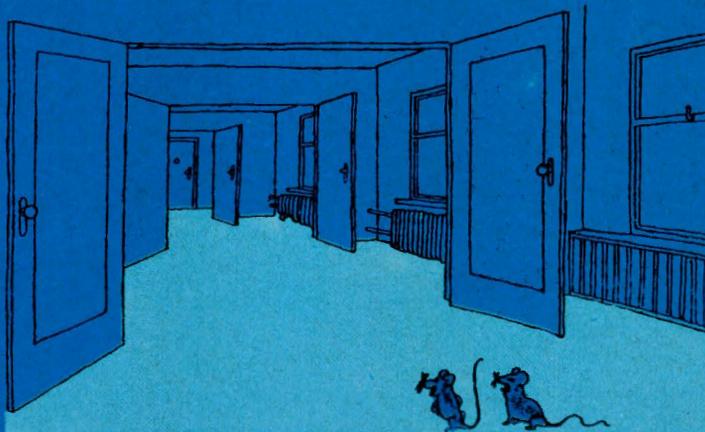
Es sind ja jetzt immer drei in der Leitung.

Aber dat ist doch Tinnef „weil die Wohnungen nicht schön sind.“ Nee, schön sind sie, Mama! Schön teuer! Da kriegst dn keine Wohnung unter tausend Eier. – Wieso verstehst du dat nicht? Jeder verkauft doch seine Ware so tener wie möglich. Dat machst du doch mit deine Erdbeeren genanso. Und dat macht der Hansbesitzer mit seine Wohnungen. Nee, ich will dir nicht zu nahe treten wegen Erdbeeren und Preise. Dn bist auch kein Unternehmer. Willi hatten sie jetzt in der Direktion mal wieder dran, weil er schon wieder Lohnerhöhung

wollte. Er hätte doch letzten Monat erst eine gekriegt. Hat Willi gesagt: „Nee, dat war doch die für meinen Hauswirt!“ Wieso findeste dat frech? Stimmt doch. Ach, Mama! Wer hat dir dat denn wieder erzählt? Bestimmt Lisbeth. Die soll bei ihren Pastor gehen, aber dir

*Man läßt uns konsumieren,
man gönnt uns Hof und Haus,
jedoch aus dem Regieren
hält man uns lieber raus.*

Zeichnung: Harri Parschau



„Ich bin für die hohen Neubaumieten. Da hat man wenigstens Platz!“
„Ja, aber nichts zu beißen!“

nicht so'n Stuß erzählen. In Bottrop haben sie die alten Reihenhäuser auch abgerissen. Ja, die von de Kumpels! Da mußte umziehen, ob du willst oder nicht.

Aber Mama! Da kannst dn die Miete eben nicht bezahlen. Da ziehst du eben ins Sauerland in ein Behelfsunterkunft. Wieso könnse nicht wegen der Wohnungsfrage die ganze Demokratie umbauen? Wieso könnse nicht?

Was für schöne Vorteile hat denn der Arbeiter, die mit im Eimergehen? Na, Mama, sag doch mal!

Ach, die Vermögensbildung! – Du, Mama, ich hab mir ausgerechnet, wenn ich die 624,- Mark Vermögensbildung in Jahre spare, dann bin ich schon in 380 Jahren Millionär. So, da freust dn dich drüber? – Bloß ich hab mir auch ausgerechnet, dat wir bis dahin längst Sozialismus haben, und da sind Millionäre vielleicht gar nicht so gefragt.

Vom Denken kriegt man Beulen:

*Wer denkt, ist links,
wer links ist, demonstriert,
wer demonstriert, kriegt Beulen.*

Du, hier ist wat für uns! „Garmisch. Landhans, 1954 erbaut, zweistöckig, 8 Zimmer, 2 Bäder, 2 Garagen, Swimming-Pool 12000 qm, 800000 Mark. Was ich damit will? Ich will damit sagen, wenn man fleißig war und immer schön gespart hat, kann man im Alter ganz prima wohnen.

Du, Mama, der Netzer geht jetzt nach Madrid. Ach, Quatsch, nicht als Botschafter. Nein, der ist nicht von der FDP. Der ist von Borussia Mönchengladbach. Und geht zn Real Madrid.

Ja, das glaube ich auch. Der könnte sich so'n Hans kaufen. 29. Ja, in dem Alter war ich noch im Pütt.

In diesem Jahr solls viel Erdbeeren geben. – Wieso schlecht? Jetzt redest du aber auch schlimm daher, Mama. Dann essen wir sie eben selber.

Bleib doch mal ruhig, Mama! Vorläufig haben wir ja noch ne Wohnung.

Edgar Külöw

Zwischenrufe: Dietrich Kittner

blätter

Bundes-Umweltschutzkongreß der Naturfreundejugend

„Du und Deine Umwelt“

Am 20./21. Oktober 1973 treffen sich in Dortmund 300 Delegierte der Naturfreundejugend mit Gästen aus anderen Jugendverbänden zu einem Umweltschutzkongreß. elan berichtet über Anliegen und Zielstellung des Kongresses / Von Hans-Jörg Hennecke

Vorbei sind die Zeiten, da junge Naturfreunde ihren Beitrag zum Umweltschutz in freizeithlichen Papiersammelaktionen erschöpften. Friedhelm Böcker, Bezirksjugendleiter der Dortmunder Naturfreundejugend und Organisationsleiter des Umweltschutzbundeskongresses: „Es geht nicht darum in den Wald zu gehen und Papiertaschentücher sowie Blechbüchsen aufzusammeln. Obwohl das natürlich nicht schön aussieht. Aber das ist nicht die eigentliche Gefahr. Das stört uns zwar bei unseren Wanderungen am Wochenende. Aber was uns diese Wanderungen in Zukunft unmöglich machen wird, ist die Umweltverschmutzung der Großindustrie. Hier vornehmlich Ausrottung von Wäldern, Verseuchung von Erholungsgebieten.“

Mit vielfältigen Aktionen bemüht sich die Naturfreundejugend, bundesweit Öffentlichkeit für ihre dringenden Anliegen herzustellen. Mit einem Massenflugblatt wurde Problembewußtsein vermittelt:

„Klaus U., Lehrling, wohnt in einer Stadtrand-siedlung und teilt mit seinem kleinen Bruder das Zimmer. Hier muß Ruhe herrschen, da der Nachbar nicht gestört werden möchte. Freizeitmöglichkeiten gibt es keine. Der Rasen darf nicht betreten werden. Das Jugendzentrum ist überfüllt. Die Diskothek ist zu teuer. Ein Erholungsgebiet ist geplant. Zum Arbeitsplatz benötigt er mit dem überfüllten Bus eine Stunde.

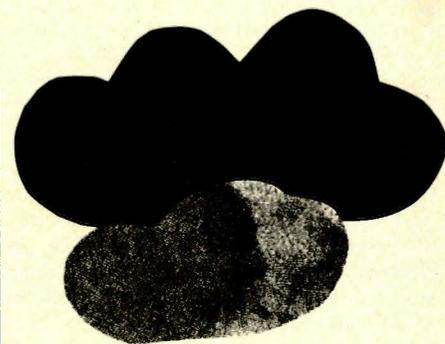
In der Werkhalle gibt es Lärm und Dreck. Der Weg zur Schule ist nicht besser. Sie liegt an einer Hauptverkehrsstraße, dadurch ist in der Klasse die Verständigung schwer. Sieht deine Umwelt so aus? Kann man sich dagegen schützen?



Für Delikte läppische Strafen

Was die jungen Naturfreunde empört, ist die Behandlung des Umweltschutzes in der Bundesrepublik.

Friedhelm Böcker: „Es gibt keine einheitliche Gesetzgebung in Sachen Umweltschutz. Wir haben nicht mal einen Minister für Umweltschutz. Für entsprechende Delikte werden läppische Strafen verhängt, die für den industriellen Verursacher der Umweltverschmutzung im Hinblick auf seinen Gewinn uninteressant sind.“



Nicht der Bürger ist Verschmutzer

Wichtig ist für die Naturfreundejugend, der Unternehmer-Zweckpropaganda entgegenzutreten, nach der die Konsumenten durch Wegwerfen von Bierdosen und Einwegverpackungen die eigentlichen Verschmutzer sind.

Gemeinsam sind



Solidarität mit Chile: die demokratischen Jugendverbände der BRD erfüllen gemeinsam das Versprechen vom Festival.

MSB: Festival Modell

In Berlin wurde nicht diskutiert um der Diskussion willen, sondern die Teilnehmer waren durch die gemeinsamen antiimperialistischen Grundüberzeugungen, durch die in der Losung des Festivals zum Ausdruck kommende antiimperialistische Solidarität verbunden. Deshalb war dieses Festival zugleich eine überragende weltweite Demonstration gegen die zum Untergang verurteilte alte Ausbeuter- und Unterdrückerordnung, die sich selbst als „freie Welt“ bezeichnet. Insofern war das Festival auch ein Modell dafür, daß „freier Austausch von Ideen, Informationen und Meinungen“, wenn er den Prinzipien der Völkerfreundschaft und des Friedens verpflichtet ist, zu einer gewaltigen Kraft gegen den Imperialismus werden kann, gegen jene Ordnung also, die eine rechtlose, unwissende und schweigende Mehrheit braucht, um ihre Existenz zu behaupten.

(Aus der Festivalabschlußerklärung des MSB Spartakus)

BDKJ: Anliegen junger Christen

Die Delegation des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend spricht dem Gastgeberland und all denen, die ihren Beitrag zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten geleistet haben, Anerkennung und Dank aus. Die Thematik des Festivals, der Versuch des gemeinsamen Eintretens von Jugendlichen vieler Länder für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft ist ein Anliegen, das besonders für junge Christen voll übernehmbar und vordringliche Aufgabe ist.

(Aus der Festival-Abschlußerklärung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend)

Das Festival wirkt mächtig nach! Aus Jugendverbänden und Jugendheimen kommen pausenlos Meldungen über intensive Festivalsauswertung. Natürlich geht es dabei nicht nur um Berichte („Und als ich dann zum Alex ging...“). Hauptdiskussionsgegenstand ist überall: Wie geht es jetzt weiter? Das gemeinsame Auftreten der BRD-Jugendverbände in Berlin war erfolgreich. Zum Erfolg gehört schließlich die gemeinsame Aktion. Das gilt für das Festival genauso, wie jetzt für den Kampf der Jugend um ihre Rechte. Viele Jugendverbände orientieren auf gemeinsame Aktionen. Zum Beispiel am 1. September – dem Antikriegstag – gab es in einer Reihe von Städten gemeinsame Veranstaltungen. Das gilt gerade jetzt für Chile: Die gemeinsame Solidarität hilft siegen!

AEJ: Friedliche Zusammenarbeit

Die 57 Delegierten der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (AEJ) betrachten ihre Beteiligung an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten als erfolgreich... In den offiziellen Veranstaltungen und in zahlreichen persönlichen Gesprächen war die Möglichkeit gegeben, das Engagement der evangelischen Jugend für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt offen darzustellen...

Die Delegation der AEJ wertet deshalb die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten als ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß eine friedliche Zusammenarbeit der Weltjugend trotz unterschiedlicher Positionen und Motivationen möglich und notwendig ist.

(Aus der Festivalabschlußerklärung der AEJ-Delegation)

SHB: Reaktionäre gescheitert

Das Festivalmotto „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ brachte das Streben der fortschrittlichen Jugend zum Ausdruck, im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Gesellschaft mit zu erbauen, die das Glück des Volkes, nicht die Profitsucht von Monopolen zum Ziel hat...

Die Zusammenarbeit verschiedener Jugend- und Studentenorganisationen im Initiativausschuß X. Weltfestspiele in der BRD hat einen Beitrag zum Gelingen des Festivals geleistet. Sie hat bewiesen, daß die Versuche reaktionärer Kräfte in der BRD, die Jugend in der BRD zu spalten und von der Vertretung ihrer Interessen abzuhalten, immer weniger Erfolg haben.

(Aus der Festival-Abschlußerklärung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes)



SJD: Plattform für Frieden

Die Mitglieder der Sozialistischen Jugend, die an den X. Weltfestspielen in Berlin/DDR teilgenommen haben, fahren mit dem Gefühl in ihre Heimatorte in der BRD und nach Westberlin zurück, daß die Weltfestspiele der fortschrittlichen und friedliebenden Jugend geholfen haben, die Plattform für die Sicherung des Friedens und den Kampf für den Sozialismus zu vergrößern.

(Konrad Gilges, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken)

BDJ: Aktionsbündnisse eingehen

Die Aussichten, daß mindestens in einigen wesentlichen Fragen ein breites Bündnis unter den fortschrittlichen und demokratischen Jugendorganisationen hergestellt werden kann, sind vorhanden. Im Kampf gegen offen neofaschistische, militaristische und revanchistische Kräfte ist dieses Bündnis auch bereits vielfach erprobt...

Die materielle und politische Unterstützung der um ihre Befreiung und Unabhängigkeit kämpfenden Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ist für viele fortschrittliche Jugendliche und Studenten der BRD ein unmittelbarer Bestandteil ihres

Wir erfolgreich

Festival – und so geht es weiter

Kampfes für Demokratie und sozialen Fortschritt. Auf dieser Basis müssen die fortschrittlichen Jugendorganisationen der BRD Aktionsbündnisse eingehen und Schritte zur Errichtung einer Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte gegen die reaktionären Angriffe des westdeutschen Imperialismus nach innen und außen unternehmen.

(Aus der Festivalabschlussklärung des Bundes Demokratischer Jugend)

DGBJ: Positive Bilanz

Die DGB-Jugend hat vielfältige Gelegenheit gehabt und wahrgenommen, ihre Auffassungen darzulegen. Sprecher der Gewerkschaftsjugend haben in Konferenzen und Seminaren, in Kurzreferaten und Diskussionsbeiträgen ein Bild von der Arbeit, den Schwierigkeiten und den Erfolgen der Gewerkschaften in der BRD gezeichnet... Die X. Weltfestspiele haben mit dazu beigetragen, die Situation in den beiden deutschen Staaten bei den jungen Gewerkschaftern zu verdeutlichen und dürften Anlaß sein für eine künftig intensivere Beschäftigung mit den Entwicklungen in der BRD und in der DDR.

Am Ende der X. Weltfestspiele ziehen die Vertreter der DGB-Jugend eine alles in allem positive Bilanz. Sie danken insbesondere der Jugend und der Bevölkerung der DDR für die freundliche Aufnahme und Betreuung und die günstigen Bedingungen, die sie für das Festival geschaffen haben. (Aus der Festivalabschlussklärung der DGB-Jugend)

NFJD: Bündnis im Kampf

„Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ war das Motto der X. Weltfestspiele. Es brachte das gemeinsame Interesse der Jugend der Welt über weltanschauliche und politische Unterschiede hinweg zum Ausdruck, zusammen an einer Weltordnung zu bauen, die nicht mehr an den Profiten der Monopole, sondern an den Bedürfnissen und dem Glück der Menschen orientiert ist...

Wir danken der FDJ für die herzliche Aufnahme in Berlin, ihre Gastfreundschaft und die blendende Organisation.

Die Mitglieder der Naturfreundejugenddelegation bei den X. Weltfestspielen führen mit der Gewißheit nach Hause, daß das Festival der fortschrittlichen Jugend geholfen hat, das Bündnis im Kampf für eine sozialistische Demokratie in der Bundesrepublik und für die Sicherung des Friedens in Europa zu erweitern.

(Aus der Festival-Abschlussklärung der Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands)

VDS: Gemeinsam handeln

Die X. Weltfestspiele in Berlin/DDR waren ein Beweis dafür, daß die fortschrittlichen Kräfte überall in der Welt gemeinsam davon ausgehen, daß die Jugend der Länder, die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen, der hochentwickelten kapitalistischen Länder und die Jugend, die im Sozialismus lebt, gemeinsam handeln müssen, wenn der Imperialismus erfolgreich bekämpft werden soll.

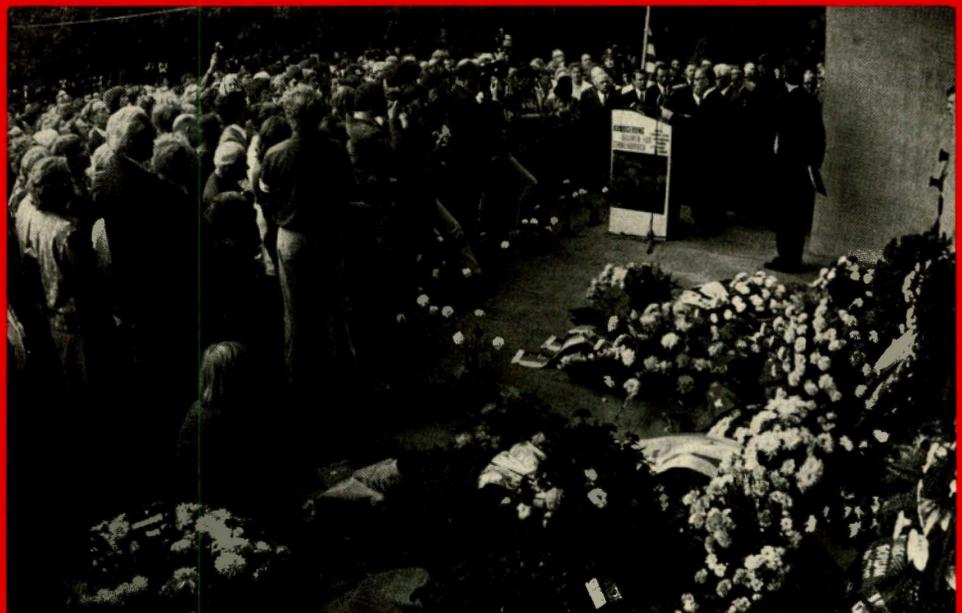
Diese Geschlossenheit auf der Grundlage der Ziele des Festivals hat dazu geführt, daß die Diskussion auf dem Festival trotz aller Meinungsverschiedenheiten von gemeinsamen Zielen geprägt war...

Auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen wird der VDS alles unternehmen, um auch nach diesem Festival die gemeinsamen Aktivitäten für die Ziele des Festivals, für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft zu verstärken. (Aus der Festivalabschlussklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften)

SDAJ: Kampf fortsetzen

Die Delegation der SDAJ schätzt ein, daß gerade der großartige Erfolg der gemeinsamen BRD-Festivaldelegation den reaktionären Feinden des Festivals ein Dorn im Auge ist. Ist es ihnen schon in der Festivalvorbereitung nicht gelungen, den Initiativ Ausschuß X. Weltfestspiele zu verhindern, so unternehmen sie nun alles, durch Falschmeldungen und das Verbreiten von Mißtrauen diese Zusammenarbeit zu sprengen. Die SDAJ ruft alle Verbände... auf, allen Verleumdungen durch vielfältige Auswertungsveranstaltungen... zu begegnen... Wir sehen die Verantwortung der Jugend unseres Landes darin, den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Interessen in den verschiedensten Formen fortzusetzen. Auch dieses Festival hat gezeigt: Erfolg wächst aus gemeinsamem Handeln.

(Aus der Dokumentation der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend „SDAJ bei den X. Weltfestspielen“)



Am 1. September, dem Antikriegstag, legten Bundeswehrosoldaten in Stukenbrock einen Kranz nieder:

Nie wieder Krieg gegen die Sowjetunion – Demokratische Soldaten 1973.

Training auf 64 Feldern

A.Suetin
Lehrbuch
der
Schachtheorie



Etwa 512 Seiten · 420 Diagramme
12 cm × 19 cm
Leinen · 19,50 M
Bestell-Nr. 671 201 1



Emil
Gelenczei

200 neue
Eröffnungs-
fallen

Etwa 256 Seiten · Etwa 200 Diagramme
12 cm × 19 cm
Leinen · 10,50 M
Bestell-Nr. 671 204 6

M.Taimanow Damen-
gambit
bis
Holländisch



384 Seiten · Zahlreiche Diagramme
12 cm × 19 cm
Leinen · 13,50 M
Bestell-Nr. 671 121 1

I.Boleslawski Skandinavisch
bis
Sizilianisch



320 Seiten · Zahlreiche Diagramme
12 cm × 19 cm
Leinen · 14,- M
Bestell-Nr. 671 161 7



SPORTVERLAG

DDR-108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15

f o r u m

forum der
jugend-
verbände

Freizeit-Diskussion:

Bewegung für bessere Freizeitbedingungen

Der Begriff „Freizeit“ ist in aller Munde. Überall im Bundesgebiet haben sich Freizeit-Initiativen der Jugend gebildet. Weit über tausend sind es inzwischen: Nicht nur in Großstädten, sondern auch in Mittelstädten und kleineren Gemeinden. Die Initiativ-Gruppen umfassen Mitglieder demokratischer Jugendorganisationen und noch nicht organisierte Jugendliche. Wenn sich diese Gruppen, entsprechend den örtlichen Gegebenheiten auch unterscheiden, so ist ihnen doch gemeinsam, daß sie für mehr Rechte der Jugend, für bessere Freizeitbedingungen und für die Möglichkeit, darauf Einfluß nehmen zu können, eintreten. Georg Rohde hat sich in der Bewegung für bessere Freizeitbedingungen umgesehen. Seine Erfahrungen und Informationen legt er in diesem Artikel dar. Für viele mag der Artikel als ein Angriff auf liebgewonnene Slogans und Patentrezepte erscheinen. Das ist auch beabsichtigt. Wer mitdiskutieren will, schreibe an elan.

Auch die Unternehmer haben sofort reagiert: mit ihrer „Freizeit“-Industrie, mit ihren Public-Relations-Managern.

Für sie geht es um den Profit, darum, den „Markt“ auf die jeweils vermutete Interessenlage der Jugend zuzuschneiden; ja darum, wo es ihnen gewinnbringend erscheint, neue „Bedürfnisse“ vorzugaukeln. Und etwa so, wie Marx-Poster und Che-Guevara-Hemdchen von Unternehmern in die Kaufhäuser gebracht werden, obwohl sie mit Marx oder Guevara weiter nichts im Sinn haben oder wie sie Udo Jürgens mit „Lieb Vaterland“ und anderen Songs „gesellschaftskritisch“ aufmotzen, so versuchen sie auch, das Thema Freizeit für sich zu nutzen.

Das Monopolkapital muß sich bemühen, die Jugend auch in ihrer Freizeit an sich zu binden, sie in das kapitalistische Gesellschaftssystem zu integrieren.

Die Palette ihrer Möglichkeiten ist breit: sie reicht von der Beeinflussung durch Massenmedien, über Diskotheken und Film-„Kultur“ auf Bildzeitungs-Niveau bis hin zu allen möglichen

Formen Illusionen erweckender Werbung. Die Unternehmer sind bestrebt, den Jugendlichen – und selbstverständlich nicht nur ihn – in seiner Freizeit der gleichen Kontrolle, Bevormundung und Abhängigkeit zu unterziehen, wie am Arbeitsplatz.

Nur so ist gewährleistet, daß der Jugendliche nicht auf „krumme Gedanken“ kommt, daß er nicht lernt, sich zu organisieren, für seine Belange einzutreten oder seine Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Jemand, der sich in der Gewerkschaftsjugend, in demokratischen Jugendorganisationen organisiert, der z.B. in einer Freizeitinitiative mitarbeitet, der seine Freizeit für Weiterbildung, Sport und Unterhaltung einteilt, der die Regieanweisungen der Bosse für die Freizeit nicht mehr befolgt, ist nicht mehr ohne weiteres „kontrollierbar“. Er stellt für das Monopolkapital, für die kapitalistische Gesellschaftsordnung bereits ein Risiko dar. Wie verhält sich der Staat, in diesem Fall die Bundesregierung und ihre Institutionen?

In der kapitalistischen Bundesrepublik ist es

nicht so, daß der Staat dazu dient, die Interessen der Bevölkerung durchzusetzen. Er ist ein Werkzeug der Monopole.

Das zeigt sich einmal darin, welche Anstrengungen er unternimmt, die Jugend weiter zu entmündigen. Ein Beispiel dafür ist die neue, reaktionäre Schulordnung in Bayern (siehe S. 36/37)

Und offensichtlich sieht auch die Bundesregierung den Jugendlichen hauptsächlich als Konsumenten, der in der Freizeit nichts Besseres zu tun hat, als einzig und allein sein Geld auszugeben.

Denn während ein entspannungsfeindlicher, überdimensionaler Rüstungsetat immer weiter aufgebläht wird, steht dem Familienministerium, das neben zahlreichen anderen Aufgabengebieten auch der Jugendarbeit finanzielle Voraussetzungen geben soll, ein vergleichsweise mickriger Betrag zur Verfügung.

All das kann nicht den Interessen der Jugend dienen.

Was gehört dazu, den Interessen der Jugend gerecht zu werden.

In den Beschlüssen des III. Bundeskongresses der SDAJ von 1972 über die „Fünf Grundrechte der jungen Generation“ heißt es beim „Grundrecht der Jugend auf sinnvolle Freizeit, auf Erholung, Sport und Gesundheit“:

Die Jugend „braucht das Grundrecht auf sinnvolle Freizeit, Erholung und Sport. Deshalb muß gefordert werden:

Weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Schaffung und Ausbau von Naherholungszentren, Jugendheimen und anderen Freizeitzentren der Jugend. Bei ihrer Errichtung und Verwaltung müssen Jugendliche und Jugendverbände entscheidende Mitbestimmungsrechte haben.

In der Rüstung sind sie fix

In den Entscheidungsgremien der Massenmedien (Fernsehen, Film, Funk, Presse) müssen die demokratischen Jugendverbände wirkungsvoll mitbestimmen. Die Meinungsfabriken wie Springer, Bertelsmann und Bauer sollen in Gemeineigentum überführt werden, unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter und ihrer Organisationen.

Die Ausgaben der Konzerne für Werbung müssen eingeschränkt werden zugunsten niedriger Preise... Materielle Sicherung für eine vielseitige kulturelle Betätigung der Jugend.

Mehr Mittel zur Unterstützung der freien Jugendarbeit durch den Bund, Land und Gemeinden ohne staatliche Bevormundung.“

Chile

Von Hans-Jörg Hennecke

kämpft!

Chiles enteignete Feudalherren und Industriebosse ließen die Sektkorken knallen. Und im Verlagshochhaus des Springer-Konzerns zeigte sich der Chef-Meinungsmanipulator fröhlich wie selten. In Bonn schließlich konnten die Führer der reaktionären CDU/CSU nur mühsam ihre Begeisterung verbergen. Und darum ging es an diesem 11. September 1973: ihresgleichen hatten in Santiago den vom Volk gewählten Präsidenten Salvador Allende feige ermordet, um die Macht des Volkes wieder zur Macht der Unterdrücker des Volkes werden zu lassen. Was die Mumien (so nennt das chilenische Volk die einheimischen Reaktionen) offenbar nicht einschätzen konnten, beherrscht nun die Situation in Chile: das Volk verteidigt im ganzen Land mit allen Mitteln und allen Kräften seine gewählte Volksfrontregierung, in der Sozialisten, Kommunisten und Liberale zum Wohle der Massen zusammenarbeiteten.

Das chilenische Volk braucht unsere Solidarität, auch die finanzielle Unterstützung. Sammelt in euren Gruppen, in der Familie, bei Freunden und Bekannten. Und zahlt die Spenden ein auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff PschA Frankfurt/M. 527055-602 Kennwort: Chile-Solidarität

„Drei Jahre Marxismus – und Chile war kaputt... Vor Nachahmung wird daher gewarnt“ frohlockte Springers Dreckblatt „Bild“. Und etwa so, als habe Allende eine schwere Wahlniederlage erlitten und sei nicht durch faschistische Generale ermordet worden, schulmeisterte CDU-Fraktionschef Carstens, mit dem Sturz der Regierung Allende sei das Experiment gescheitert, Marxismus und freiheitlich-demokratische Grundsätze zu vereinigen. Die Wahlentscheidung der chilenischen Volksmassen für Allendes Volksfrontregierung war den Reaktionären aller Schattierungen ein Dorn im Auge, deshalb bejubeln sie nun die „Wahlentscheidung“ faschistischer Militärs. Carstens „freiheitlich-demokratische Grundsätze“, die nun in Chile wiederhergestellt werden sollen, sind aus der Zeit vor der Volksfrontregierung bekannt:

- 43 % der Bevölkerung litten an Unterernährung.
- Die Grundnahrungsmittelpreise waren durch den Wucher der Herrschenden in den letzten sechs Jahren um 1000 % gestiegen.
- 8,3 % Arbeitslose.
- Der Lebensstandard von 30 % der Familien lag unter dem Existenzminimum (während 1 kg Brot 3 Escudos kostete, lag das monatliche Einkommen bei 12 Escudos).
- Weitverbreitetes Analphabetentum.
- 10 % der Privilegierten vereinnahmten die Hälfte des Nationaleinkommens.
- 500 000 Wohnungen fehlten.

Dagegen trat die Volksfrontregierung erfolgreich an, wenn natürlich auch in nur drei Jahren die Ergebnisse jahrzehntelanger kapitalistischer Mißwirtschaft nicht vollständig zu überwinden waren. Aber:

- Die Arbeitslosenquote wurde auf weniger als die Hälfte gesenkt.
- 35 % Erhöhung der Realeinkommen, Senkung der Supereinkommen.
- Einführung der allgemeinen Krankenversicherung.
- Mietfestsetzung auf maximal 10 % des Familieneinkommens.
- Kostenloses Essen für Kinder sozial schwacher Eltern.
- Kostenlose Abgabe von täglich einem halben Liter Milch für alle Kinder.

Dagegen wiederum traten die chilenischen Freunde von CDU-Carstens und Springer mit

wachsenden Teilerfolgen an. Die privaten Fuhrunternehmer brachten durch Sabotage große Teile des Transportwesens zum Erliegen. Erfolg der Mumien u.a.: die kostenlose Milch für Kinder konnte nicht regelmäßig und überall verteilt werden!

Währenddessen sabotierten die Mumien systematisch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch Hamsterkäufe, Vernichtung von Produktionsmitteln, Verschiebung knapper Güter ins Ausland. Ergebnis: Güterverknappung, ernste



Jorge Marianov (mitte), Vertreter des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles und Beauftragter des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) infor-

Versorgungsschwierigkeiten der Bevölkerung, sprunghafter Anstieg des Schwarzmarktes. Im Parlament war die Volksfront knapp in der Minderheit. So konnten die reaktionären Parteien wesentliche Regierungsmaßnahmen torpedieren. Aber auch vor offenem Terror schreckten die Mumien nicht zurück: mit Mordanschlägen und ständigen Sabotageakten, wie Sprengung von Kraftwerken, Vergiftung von Wasserleitungen, sollte die Volksfrontregierung gestürzt werden. Dabei konnten sich die Mumien international auf mächtige Verbündete stützen.

Chiles Reichtum, seine Kupferminen, wurden bis zur Nationalisierung 1970 von US-Konzernen aus dem Lande getragen. Der US-Kupferkonzern Kennecott machte dabei von 1955 bis 1970 einen jährlichen Reingewinn von fast 53%! Ihre chilenischen Goldgruben zu verlieren fürchteten zu Recht alle US-Konzerne, die die Bevölkerung des Andenlandes bis aufs Blut auspöweten. Und so stellte der ITT-Konzern schon 1970 eine Million Dollar zur Verfügung, um mit Hilfe des Spionagedienstes und Diktaturenproduzenten CIA die verhaßte Volksfrontregierung zu stürzen. Parallel dazu verliefen gezielte wirtschaftliche Maßnahmen:

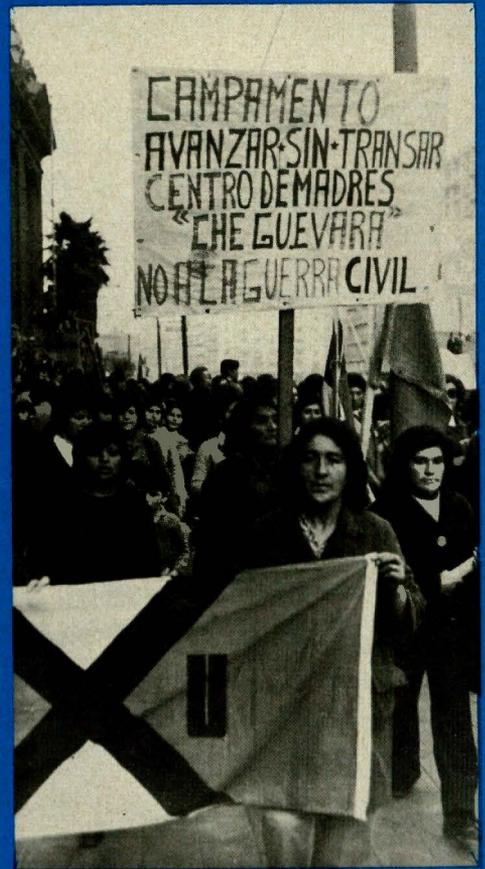
Infolge der Manipulation durch US-Konzerne sank der Weltmarktpreis für Kupfer trotz steigender Nachfrage um 30%. Das brachte für Chile Einnahmeausfälle von 288 Millionen Dollar allein 1972. Weiterhin setzte die US-Regierung finanzielle Boykottmaßnahmen gegen Chile durch. Auch die Bundesregierung stoppte ihre „Entwicklungshilfe“, weil die Privilegien einer Handvoll westdeutscher Millionäre bedroht waren. Als das alles noch nicht ausreichte, weil das Volk Chiles fest zu seiner Regierung stand, ließen Mumien und CIA putschen. Nach bewährtem Muster. Und, wer hätte das gedacht: schon in der Nacht

nach der Ermordung Allendes schoß der Weltmarktpreis für Kupfer in die Höhe! Ein hoher Beamter der Regierung Nixon erklärte: „Ein erfolgreicher Abschluß unserer Politik.“ Und diese Politik bestand nach seinen Worten darin, „dem Land Schwierigkeiten zu bereiten, wenn es auf dem internationalen Geldmarkt Anleihen aufnehmen wollte“.

Währenddessen lief die US-Militärhilfe für Chiles Armee unvermindert weiter, setzten Generale und CIA planmäßig ihr Konzept um: Aushungern der chilenischen Wirtschaft durch die USA und befreundete Staaten, Unterstützung für oppositionelle Gruppen und Zeitungen, Finanzierung der Putschpläne.

Und vorbereitet war man auch darauf, daß die Volksfrontregierung eventuell die Machtstellung der Armee zu brechen suchte. Dann wäre der Putsch eben vorverlegt worden. Während die Putsch-Generale Chile mit einer Welle des Terrors überziehen, Kommunisten und Sozialisten ermorden, Volksfrontanhänger hinrichten oder in Konzentrationslager bringen, wächst der Widerstand der Volksmassen. Die „Patriotische Front des Widerstandes“ hat den Kampf in allen Landesteilen organisiert. Bewaffnete Einheiten halten Positionen, trotz der Brutalität der Putschisten. Das Chile der Arbeiter und Bauern ist nicht verloren – es braucht gerade jetzt unsere Solidarität. Jede Mark ist wichtig, jede Spende ein Schritt zum Sieg. Außerdem müssen wir darum kämpfen, daß die Bundesregierung keine diplomatische Anerkennung der Verbrecher in Generalsuniform vollzieht. Von Willi Brandt ist zu verlangen, daß er mehr tut, als nur „Bestürzung“ zu verkünden!

Chile kämpft. Und wer etwas für Fortschritt, für Freiheit, für Gerechtigkeit übrig hat, der steht in dieser Stunde an der Seite des kämpfenden Chile!



Chilenische Arbeiter demonstrieren für ihre Regierung, gegen Terror und Sabotage der Reaktion.



... als Gast der SDAJ bei zahlreichen Veranstaltungen und bei einem Gespräch mit Vertretern der demokratischen Jugendverbände über die Situation in Chile.



Unmittelbar nach dem Putsch begannen auch in der Bundesrepublik zahlreiche Solidaritätsaktionen für das Volk Chiles. Gemeinsam riefen Jugendverbände dazu auf (s. S. 32).

STOPPT DIE PUTSCHVERSUCHE IN CHILE! SOLIDARITÄT MIT CHILE JETZT!

Am Dienstag haben rechtsgerichtete, antidemokratische Kräfte in Chile über die Bildung einer Militärjunta die Macht an sich gerissen.

Die imperialistischen und militaristischen Kreise Chiles, der ITT und die führenden Kupferunternehmer haben die aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung unter Präsident Allende gestürzt und in Chile einen Bürgerkrieg provoziert.

Mit Waffengewalt soll das chilenische Volk daran gehindert werden, seinen eigenen, selbstgewählten Weg zu demokratischem und sozialem Fortschritt weiterzugehen. Die Reichtümer Chiles, die dem Volk gehören, die Kupferminen vor allem, sollen erneut der Ausbeutung der Monopole unterworfen werden.

Mit blutigem Terror sollen die Errungenschaften der vom arbeitenden Volk ge-

tragenen Regierung Chiles rückgängig gemacht werden. Das arbeitende Volk Chiles macht gegen den Putsch Front, es verteidigt die Errungenschaften der Regierung Allende und kämpft damit für eine bessere Zukunft.

Jetzt braucht das chilenische Volk, die chilenische Jugend unsere Solidarität. Die Solidarität der arbeitenden und studierenden Jugend, der Christen, Sozialisten und Demokraten der BRD muß dem chilenischen Volk in diesem schweren Kampf helfen.

Wir rufen die Jugend und Studenten unseres Landes zur Solidarität auf:

- Solidarität durch Demonstration und Aktion
- Aufforderung an die Bundesregierung, sich mit der Regierung Allendes zu solidarisieren
- Solidarität durch Protesterklärungen gegen den Putsch.

Solche Erklärungen sind zu richten an die chilenische Botschaft in

53 Bonn-Bad Godesberg
Kronprinzenstr. 22

FÜR DIE RECHTE DES CHILENISCHEN VOLKES!
FÜR EINE RECHTMÄSSIGE REGIERUNG ALLENDES!

Naturfreundejugend Deutschlands
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SHB
Verband Deutscher Studentenschaften
SJD - Die Falken
Arbeitsgemeinschaft der evangl. Jugend
Deutsche Beamtenbund-Jugend
Deutsche Jungdemokraten
Jungsozialisten in der SPD
MSB Spartakus

Es lebe Chile!

Chile kämpft heute mit seinen edelsten Kräften, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Wir werden von Faschisten, Imperialisten und falschen Christen angegriffen: Die Vergangenheit vereint sich, um die Spinnweben zu bewahren und der Hoffnung den Weg zu versperren. Chile begibt sich in anderer Weise auf den Weg zum Sozialismus. Die Rückeroberung unserer Bodenschätze, der Erde und der Würde für unsere Bauern - das verletzt unsere Feinde, die die Feinde aller Völker sind.

Überall habe ich zur Verteidigung der angegriffenen Völker gesprochen: heute erhebt sich meine Stimme aus der tiefsten Tiefe meines Seins zur Verteidigung meines eigenen Volkes, meines bedrohten Vaterlandes.

Eure Brüderlichkeit ist das Brot und das Wasser, die der heldenhafte Kampf meines Volkes braucht. Mein einziges Wort an Euch, junge Menschen: Chile ist ein stilles Vietnam!

Wir wollen unser Schicksal frei wählen!

Es leben die Völker der Welt! Es lebe der gemeinsame Kampf gegen die Verderber!

Es lebe unsere gemeinsame Hoffnung!

Es lebe Chile!

Pablo Neruda



Im LIP-Werk: Uhren gingen anders

Mit Polizei
gegen Arbeiter-
initiative

von Ulf Stuberger

Über den Kampf der französischen Arbeiter um die Uhrenfabrik „LIP“ in Besancon berichtet unser Mitarbeiter Ulf Stuberger, der die Besetzung der Fabrik durch die gefeuerte Belegschaft und die anschließende brutale Polizeiaktion an Ort und Stelle beobachtete.

Nachdem Unternehmer Fred Lippmann „seine“ Fabrik zugrunde gewirtschaftet hatte, drohte er mit der Schließung der 1300 dort arbeitenden Kollegen. Die LIP-Kollegen ließen sich ihre Existenzgrundlage nicht rauben: Sie besetzten das Werk, arbeiteten in eigener Regie weiter und verkauften 60 000 Uhren zu Großhandelspreisen.

Eine LIP-Arbeiterin: „Die Uhren haben wir selbst produziert. Den Betrieb hat der Lippmann kaputtgemacht. Jetzt verkaufen wir die Uhren selbst, damit wir den Lohn für bereits geleistete Arbeit erhalten“. Die Produktion bei LIP lief auch ohne den Pleite-Boß weiter. Die Arbeiter und Angestellten gingen jeden Tag wie gewohnt an die Arbeit. Nur kurz vor Feierabend unterschied das besetzte Werk sich von einem „normalen“ Betrieb: Alle Kollegen kamen zur Vollversammlung zusammen. Jeden Tag wurden demokratische Abstimmungen über die wichtigsten Entscheidungen getroffen.

Mit den LIP-Arbeitern solidarisierten sich demokratische Organisationen des In- und Auslands. Über eine Million Solidaritätsadressen gingen ein. Die LIP-Aktion unterstützten unter anderem die französischen

Gewerkschaften CGT und CFDT, die FKP und die Sozialistische Partei Frankreichs. Aus der BRD kamen solidarische Grüße des Hauptvorstands der IG Metall, der DKP, der SDAJ und des MSB Spartakus.

Mehrere Wochen arbeiteten die LIP-Kollegen in Eigeninitiative – dann platzte den Bossen der Kragen. Sie ließen von 3000 schwerbewaffneten Polizisten mit brutaler Gewalt das Werk räumen. Obwohl die LIP-Arbeiter zunächst keinen Widerstand leisteten wurde mit Tränengas-Granaten geschossen.

Der Kampf der LIP-Arbeiter ist jedoch nicht beendet. Ein Aufruf der Gewerkschaften zum Warnstreik in Frankreich wurde befolgt. Die Linksparteien protestierten bei der Pompidou-Regierung gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

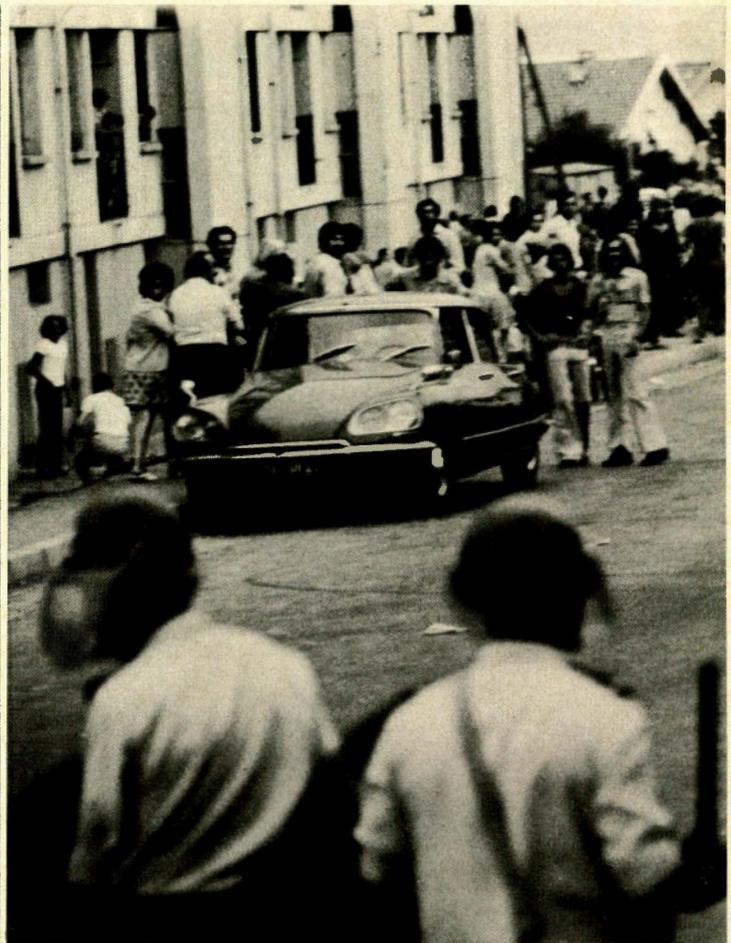
Die Stadtverwaltung von Besancon stellte den LIP-Arbeitern eine Turnhalle zur Fortführung der Produktion zur Verfügung. In Paris errichteten LIP-Arbeiter ein Zweigwerk in eigener Regie.

In vielen Städten ging die Bevölkerung für die Weiterführung von LIP durch die Arbeiter auf die Straßen. Sie wissen alle: LIP ist auch unser Problem, LIP ist ein Modellfall.

Mehrere Wochen arbeiteten die LIP-Kollegen ohne Bosse. Die Produktion lief. Dann ließ Lippmann die Arbeiter mit Polizeiknüppeln auf die Straße treiben.



Dreitausend schwerbewaffnete Polizisten räumten mit brutaler Gewalt das von Arbeitern besetzte LIP-Werk in Besancon.



Die neue „Links um“ ist da!

Die neue „Links UM“, die demokratische Soldatenzeitung, ist erschienen! Wieder mit interessanten Reports und Meldungen:

Warum Hochrüsten auf Kosten von Bildung und anderen wichtigen Aufgaben?

Was machen Soldaten in ihrer Freizeit?

Ein Bericht des einzigen Bundeswehrgesoldaten, der bei den X. Weltfestspielen war!

Wer schützt uns vor den USA? Ein Bericht über die 7. US-(Besatzungs)Armee in der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung unterstützt die Massaker Portugals in Angola, Guinea Bissau und Mozambique mit Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe!

Die CSU fordert Atomwaffen für die Bundeswehr!

Und besonders wichtig für alle, die beim Bund sind: die Anschriften von einigen Arbeitskreisen demokratischer Soldaten:

Also nichts wie weitersagen: Die neue LU ist da!

Und bestellen bei:
Redaktion elan
46 Dortmund
Brüderweg 16



Jackie Stewart

Neues für den Bücher schrank

Was nicht in den
Schulbüchern steht

Von Ruth
Sauerwein

Jetzt können viele aufatmen: ein stark gefragtes Buch erscheint neu. Karl Hubert Reichels „Wie macht man Kriege?“ Karl Hu-

bert Reichel hat es gründlich überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Und einen neuen Titel hat es auch: „Wie macht man Krieg? Wie macht man Frieden?“ Gerade den Sieg der Entspannungspolitik in Europa verfolgt Karl Hubert Reichel: Wer ist für, wer ist gegen eine Politik der Entspannung und warum? Wessen Erfolg ist diese Politik? Und viele andere Fragen werden beantwortet. Im ersten Teil steht viel, was ihr nicht im Geschichtsbuch findet: Wer ist Schuld an den beiden Weltkriegen in diesem Jahrhundert? Wer profilierte am Tod von Millionen? Wie war das mit der Wiederaufrüstung der BRD? Das interessiert euch? Dann schickt eure Bestellung an den Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Meister am Lenkrad

Jackie Stewart
wurde zum 3.
Mal Weltmeister

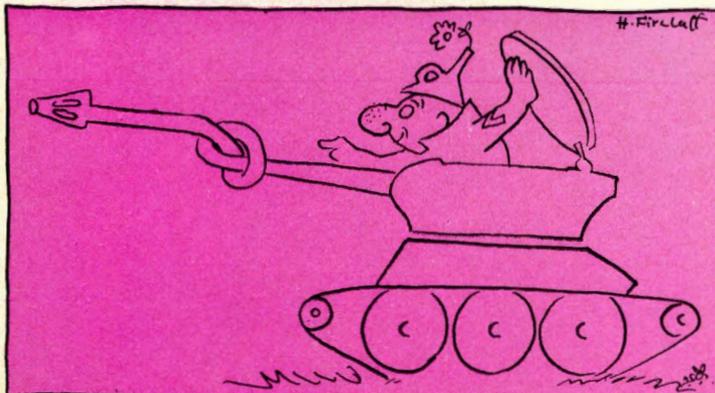
Von Siegfried
Kachel

Weltbürger Jackie Stewart, 34-jähriger Schotte (geboren am 11. Juni 1939), ist nun nach 1969 und 1971 zum drittenmal Automobil-Weltmeister. Das „Arbeitstier“ im Cockpit gilt als der beste Rennfahrer aller Zeiten.

Bevor der frischgebackene Weltmeister Profirennfahrer wurde, arbeitete Jackie Stewart als Kfz-Mechaniker in seiner Heimatstadt Dumbarton und betätigte sich am Wochenende mit einem Tourenwagen als Rennfahrer.

Als Grand-Prix-Youngster gelang Stewart 1965 mit einem BRM einen Grand-Prix-Sieg (Monza), errang hinter Weltmeister Jim Clark (Schottland) und Vizemeister Graham Hill (England) mit 34 WMPunkten einen dritten Platz.

Die BRM-Zeit bekam Jackie Stewart nicht. Schließlich übersiedelte er endgültig ins Tyrrell-Team. Zwischen Stewart und Tyrrell entstand eine Freundschaft. 1969 zog – in zwei Rennen (Monaco und Nürburgring) wurde Matra-Fahrer Stewart geschlagen – die Weltmeisterschaftskrone auf.



Weltersagen: Die neue LU ist da!

REVOLUTIONÄRE IM INTERVIEW

Mit dieser Ausgabe beginnt elan seine Serie „Revolutionäre im Interview“. Hervorragende Kämpfer der Arbeiterbewegung werden mit den Fragen von Lesern und elan-Redakteuren konfrontiert. Weil wir meinen: die Kampferfahrungen der Arbeiterbewegung sind für uns brennend aktuell.



elan stellt vor: Fritz Salm, Mannheim. Antifaschistischer Widerstandskämpfer (Autor des Buches über den Widerstand in Mannheimer Betrieben, Röderberg-Verlag). Ehemals KPD-Landtagsabgeordneter. Mitglied des Landessekretariats Baden-Württemberg der Deutschen Kommunistischen Partei.

elan: Wie bist du zur Arbeiterjugendbewegung gekommen?

Fritz Salm: Bei der Firma Brown-Boveri in Mannheim, wo ich im Jahre 1928 die Lehrzeit als Maschinenschlosser begann, war das Lehrverhältnis in besonderer Weise durch die sich in jenen Jahren verschärfende Ausbeutung der Arbeiterklasse und damit der Lehrlinge bestimmt. Vom ersten Tage meiner Lehre an war ich einer Akkordpartie zugeteilt, so lernte ich sofort nach der Schulzeit durch eigene Erfahrung kennen, was kapitalistische Ausbeutung bedeutet. Ich denke, daß dies der wesentlichste Beweggrund war, um in der Arbeiterjugendbewegung aktiv zu werden. Ich tat dies zunächst in der sozialdemokratisch orientierten SAJ und in der Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

elan: Wie habt ihr den Kampf mit eurer Organisation entwickelt?

Fritz Salm: Der Beantwortung dieser Frage muß ich eine Erklärung vorausschicken: Im Jahre 1929, als die SPD-Fraktion im Reichstag die Finanzmittel für den Bau der ersten Panzerkreuzer-Serie bewilligte, trat ich zum Kommunistischen Jugendverband über. Was den KJVD in jenen Jahren auszeichnete, das waren zwei Dinge: einmal die Organisation des Kampfes der Arbeiterjugend für ihre sozialen Interessen und gegen die aufkommende Militarisierung, zum anderen die Aufklärung über die Notwendigkeit des Sozialismus. Die den Kampf im sozialen Bereich entsprechend den damaligen Verhältnissen bestimmenden Forderungen waren: bessere Lehrlingsvergütung, mehr Urlaub, mehr Berufsschulzeit und Mitbestimmungsrechte. Man bedenke: meine wöchentliche Vergütung im ersten Lehrjahr betrug 3,60 Mark, mein Urlaub sechs Tage!

In den Berufsschulen entfaltete der KJVD besondere Aktivität gegen den Einfluß der großen Konzerne auf die Schule und den Bildungsinhalt. Man sollte in Erinnerung bringen, daß es besonders dabei gelang, einheitliche Aktionen des KJVD, der SAJ, der Gewerkschaftsjugend und anderer Jugendgruppen zu erreichen.

elan: Was habt ihr zur Stärkung eurer Organisation unternommen?

Fritz Salm: Dazu wäre vieles zu antworten. Zunächst: die Arbeiterjugendbewegung war in den zurückliegenden Jahren noch stark geprägt durch Bewegungsformen, die der bündischen Jugend und auch der Freien Jugend entstammten. Die kommu-

nistische Jugendbewegung orientierte sich dann in starkem Maße auf die Betriebe. Damit begann ihr Einfluß auf größere Teile der Arbeiterjugend, während die SAJ wesentlich dem Wandervogelstil verhaftet blieb. Es entstanden erstmals Betriebsgruppen und Betriebszeitungen des KJVD. Es entstanden Aktivgruppen in den Berufsschulen und später besonders in den Arbeitsdienstlagern. Diese Formen der Organisation waren offensichtlich die Voraussetzung zur organisatorischen Stärkung der Bewegung und zugleich für eine Jugendpolitik, welche nebenbei gesagt, nicht nur den Interessen der Arbeiterjugend, sondern auch der Gründung des „Vereins junger Arbeiter“ 1906 in Mannheim entsprach.

elan: Was würdest du aus deinen Erfahrungen der Arbeiterjugendbewegung in der BRD empfehlen?

Fritz Salm: Vieles ergibt sich aus dem bisher gesagten. Erstens: Zu empfehlen ist die stete Orientierung auf die Interessen der Jugend, sowohl der Lehrlinge als der Jungarbeiter, in den Betrieben und damit die organisatorische Orientierung auf die Großbetriebe. Zweitens: Notwendig für die sozialistische Jugendbewegung ist die konsequente Verbindung der „Gegenwartsaufgaben“ mit der Propagierung des sozialistischen Endziels. Dazu gehört die marxistische Bildungsarbeit, sowohl in der Organisation als auch durch öffentliche Vorträge.

In diesem Zusammenhang ist es gut, daran zu erinnern, daß der Kommunistische Jugendverband unbeeindruckt einen beharrlichen Kampf führte gegen alle Formen des Antisowjetismus, auch nach dem Machtantritt des Faschismus.

Die dritte Empfehlung aus der Geschichte der Arbeiterjugend besteht darin, die Organisation nicht als Selbstzweck zu sehen. Wichtig ist die aktive Tätigkeit aller Jugendfreunde in den Massenorganisationen und Bewegungen der Arbeiterjugend. Das führt zur Stärkung des Einflusses der Organisation und erleichtert die Entfaltung von Bündnissen mit anderen Bewegungen und gemeinsame Aktionen für den sozialen und demokratischen Fortschritt.

Deshalb freue ich mich auch besonders darüber, daß SDAJler in meiner Heimatstadt Mannheim, in der die Arbeiterjugendbewegung 1904 begründet wurde, einen Klub junger Sozialisten ins Leben rufen. Dieser Klub startet seine Arbeit am 25. Oktober mit einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Revolutionäre im Interview“.

Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik Deutschland – das Gespenst einer demokratischen Jugend. Während sich die Unternehmer, bisher damit zufrieden gaben, konsequente Jugendvertreter aus den Betrieben auf die Straße zu jagen, gehen sie und ihre Parteien jetzt dazu über, auch die Ausbildung an Schulen und Hochschulen von demokratischen Rechten zu „befreien“.

An Bayerns Schulen soll eine Kasernenhofordnung eingeführt werden. Offiziell heißt sie ganz harmlos „Allgemeine Schulordnung“ (AScho). Im Rahmen einer solchen „Ordnung“ wäre jede echte Interessenvertretung der Schüler nicht mehr möglich.

Bayerns Schüler sollen ihrer ohnehin spärlichen Rechte beraubt werden. Parlieren statt diskutieren?



Was Bayerns Schulherren recht ist, ist den Bundesbildungspolitikern nur billig: In dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes sind im wesentlichen die Interessen der organisierten Unternehmerschaft berücksichtigt. Auf Kosten einer breiten wissenschaftlichen Ausbildung mit demokratischen Studieninhalten und Lehrformen sollen mit Hilfe dieses Hochschulrahmengesetzes Fachidioten im Interesse der Konzerne herangezüchtet werden. Daß man sowohl in Bonn als auch in München fest entschlossen ist, die Demokratiebremsen an Schulen und Hochschulen auch gegen den Willen der Mehrheit der Betroffenen einzubauen, zeigen folgende Beispiele: In Regensburg wurde der zirkusschülersprecher der Oberpfalz, Jochen Grytzyk, aus der Schule geschmissen: Er hatte die Scheinmitbestimmung in der geplanten Schulordnung kritisiert.

In Bonn brüstete sich Bundeswissenschaftsminister von Dohnanyi damit, daß das Bundeskabinett den undemokratischen Entwurf des Hochschulrahmengesetzes trotz nachdrücklicher Kritik vor allem durch Gewerkschaften und Studentenorganisationen in seinen Grundstrukturen gebilligt habe. Argumente gegen den Entwurf wischt von Dohnanyi mit dem selbstgefälligen Hinweis, daß es dazu „keinen wirklich begründeten Widerspruch geben kann“, vom Tisch.

Die Kritik der bayrischen Schüler und der Jugendverbände an der geplanten Schulordnung richtet sich vor allem gegen folgende undemokratische Bestimmungen:

- Jugendliche sollen von den Schulen gewiesen werden können, wenn ihre Eltern sich nicht so verhalten wie Franz Strauß' CSU es gerne hätte.
- Vorbestrafte Jugendliche sollen von jeglicher Weiterbildung ausgeschlossen werden.
- Schülerzeitungen sollen noch schärfer als bisher zensuriert und ohne Einspruchsrecht der Schüler-Redakteure verboten werden können.
- Kollektivstrafen sollen das gemeinsame Eintreten der Schüler für ihre Interesse verhindern.

Der Landesverband Bayern der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, der gemeinsam mit allen anderen demokratischen Jugendorganisationen gegen die undemokratische Schulordnung kämpft, stellt fest: „Mit solchen Bestimmungen werden die Demokratie und die verfassungsmäßigen Grundrechte mit Füßen getreten.“ Die SDAJ Bayerns sieht in dem Entwurf der Bayerischen Schulordnung einen weiteren Versuch, die kritische Jugend zu disziplinieren und zu unterdrücken. Wes Geistes Kind Bayerns Kultusminister Hans Maier ist, übrigens einziger Parteilooser in Bayerns Staatsregierung, zeigt deutlich die Bestimmung, nach der Kinder fortschrittliche Eltern künftig vom Unterricht ausgeschlossen werden sollen. Alle Kritiker sind sich darüber einig, daß eine solche Disziplinierungsmaßnahme nur in der Sippenhaft der Nazis eine Parallele findet.

Bezeichnend ist weiter, daß sich Kultus-Maier zum absoluten Herrscher über die Jugend Bayerns nicht nur in der Schule, sondern auch in der Freizeit machen will. Denn: Nicht nur innerhalb der Schulen soll die „politische Werbung durch Wort, Schrift, Bild oder Emblem, das Tragen von Parteiabzeichen sowie parteipolitische Tätigkeit“ verboten werden, auch das außerschulische Verhalten der Schüler soll mit demokratischen Strafen reglementiert werden.

Die Berufsverbote gegen demokratische Lehrer und der Rausschmiß konsequenter Jugendvertreter haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sich solche Bestimmungen nur gegen Demokraten richten.

Wer sitzt, der fliegt

Über die verfassungsmäßigen Rechte setzt sich Maier großzügig hinweg, indem er Schüler, vom Besuch weiterbildender Schulen ausschließen will, die mit Freiheitsstrafen von mindestens sechs Monaten verurteilt wurden. Diese verfassungswidrige Doppelbestrafung könnte zum Beispiel gegen un-bequeme Schüler angewendet werden, die wegen eines Verkehrsdelikts verurteilt wurden. Ein Beispiel: Ein Münchner Schüler wurde im vergangenen Jahr zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt, weil er 14mal beim „Schwarzfahren“ in der U-Bahn erwischt worden war. Darüber hinaus ist die Doppelbestrafung natürlich ein hervorragendes Mittel zur Ausschaltung von Teilnehmern an Demonstrationen.

Einen zynischen Anstrich von „Progressivität“ gibt sich der Schulordnungsentwurf in der Frage der Mitbestimmung. Natürlich kann von wirklicher Mitbestimmung keine Rede sein. Die „Schülermitverwaltung“ (SMV) soll zum Erfüllungsgehilfen von Maier und zum demokratischen Aushängeschildchen werden.

Vorgesehen ist lediglich „Mitgestaltung“ der SMV z.B. bei der Planung von Schulfesten und Wanderungen, beim Besuch von Museen und Konzerten oder beim Aufbau musischer Arbeitsgruppen. Demokratische Interessenvertretung ist im Maier-Entwurf nicht gefragt.

Scharfe Zensur für Zeitungen

Kastriert werden sollen auch demokratische Schülerzeitungen. Der Schulordnungs-Entwurf legt fest: „Die Schülerzeitung ist kein Organ der Schülervertretung.“ SMV und Schülerzeitungs-Redaktion sollen durch einen „beratenden“ Lehrer zensuriert werden. Die Schülerzeitung kann laut Entwurf – ohne Befragung der Redakteure verboten werden.

Auch die Mitbestimmungsrechte der Elternvertretung werden durch den Schulordnungs-Entwurf total entschärft. Das gleiche gilt für die Lehrerkonferenz. Demgegenüber wurde die Stellung des Schulleiters in dem Entwurf entscheidend gestärkt. Als direkter Vertreter der Kultusbürokratie kann er für sich alle Entscheidungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen, die Schülern, Eltern und Lehrern verweigert werden.

Ausschluß vom Unterricht

Der Katalog der Ordnungsmaßnahmen, mit denen diese undemokratische Schulordnung durchgesetzt werden soll, reicht bis zum Ausschluß vom Unterricht bis zu vier Wochen. Damit stellt sich Kultusminister Maier gegen das Grundrecht auf Bildung. Außerdem ist die Wiedereinführung der Kollektivstrafe vorgesehen.

Hat ein bayrischer Schüler trotz alledem die CSU-Schule überlebt, dann darf er die Hochschule besuchen – wenn er die Hürde der scharfen Zulassungsbeschränkungen überwinden sollte. Der Maier-geschädigte Schüler wird sich in Zukunft an der Hochschule wie zu Hause fühlen.

Bundeswissenschaftsminister von Dohnanyi (SPD) peitscht nämlich zur Zeit in schönster Seelenverwandtschaft mit CSU-Freund Maier seinen undemokratischen Hochschulrahmengesetz-Entwurf durch die parlamentarischen Instanzen. Gegen den energischen Protest von Gewerkschaften und demokratischen Studentenorganisationen sollen die Drittelparität bei der Mitbestimmung an Hochschulen verhindert, Mini-Studien eingeführt und der sozial ungerechte „Numerus clausus“ zementiert werden.

Wie an Bayerns Schulen soll auch den Studenten das Recht auf politische Meinungsbildung und

-vertretung genommen werden.

Statt die von Studenten und Gewerkschaften geforderte integrierte Gesamthochschule aufzubauen, werden Millionen in die Bildung von Bundeswehr-Hochschulen investiert. Am 1. Oktober wurden die ersten zwei in München und Hamburg eröffnet.

Der Kampf gegen den Versuch, die Rechte der Jugend von der Schule über die Hochschulen bis in die Betriebe zu beschneiden, hat begonnen.

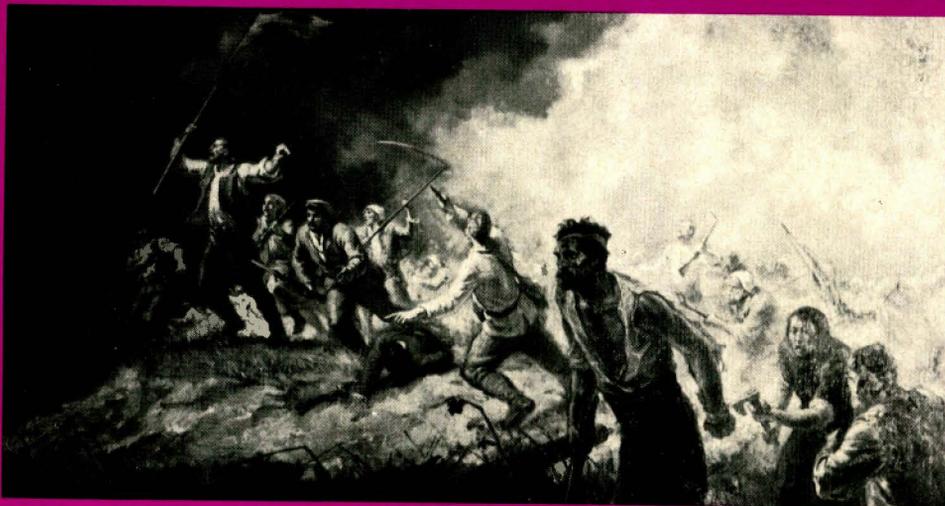
Darum geht es:

- Demokratische Lehrinhalte und den Abbau autoritärer Strukturen in den Schulen,
- Mitbestimmung der Schüler und ihrer Organe in allen sie betreffenden Fragen.
- Schluß mit der Zensur der Schülerzeitungen.
- Freie politische Betätigung für alle demokratischen Kräfte in der Schule.
- Beseitigung des Einflusses der Wirtschaft auf Unterricht und Schule.
- Keinen Wehrkundeunterricht in den Schulen.

Robert Saam

Mitbestimmung ist in der Schule nicht gefragt. CSU-Spezi Malers Motto ist: Lieber doof als rot“.





Nur unzureichend bewaffnet schlugen die Aufständischen los

In diesem Jahr feiert das bulgarische Volk den 50. Jahrestag des Septemberaufstandes. Heute gehört Bulgarien zu den ersten Ländern in der Welt hinsichtlich des Wachstums des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens. Es exportiert Maschinen und Anlagen in 80 Länder der Welt. Als verhältnismäßig junges Industrieland ist für Bulgarien die Tendenz charakteristisch, daß die Industrialisierung im Schritt mit den neuesten Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik verwirklicht wird. Bis 1975 sind Erhöhungen von 25 – 30 Prozent der Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung vorgesehen und die gesellschaftlichen Fonds werden um zirka 35 Prozent steigen. In den letzten Jahren wurden viel Mittel für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig gibt es über 400 wissenschaftliche Forschungsinstitute, und die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter hatte sich in den letzten zehn Jahren auf das 2,5fache erhöht. Bulgarien gehört zu denjenigen Ländern in der Welt, auf die die höchste Studentenzahl pro Kopf der Bevölkerung entfällt.

Im September 1923 brach in Bulgarien der erste antifaschistische Aufstand in der Welt aus. Am 9. Juni 1923 stürzten die Monarchofaschisten durch einen Putsch die gesetzliche Regierung der Bulgarischen Bauernpartei Alexander Stambolijskis. Die Faschisten nutzten die zeitweilige Uneinigkeit zwischen Kommunisten und Mitgliedern der Bauernpartei aus und errichteten eine Diktatur im Lande. Die Errungenschaften der Werktätigen, die ihnen von der Regierung der Bauernpartei gesichert wurden, wurden liquidiert, die Löhne sanken um 20 – 30 Prozent, der Arbeitstag erhöhte sich auf 10 bis 12 Stunden. Gleichzeitig damit gab es im Lande Tausende Arbeitslose, die progressiven Bürger wurden verfolgt und verhaftet und die Presse wurde strengstens zensiert. Auf Grund dieser Terrormaßnahmen beschloß das Zentralkomitee der Bulgarischen Kommunistischen Partei, daß ein bewaffneter Aufstand unumgänglich war.

Der Aufstand ist beschlossen

Die Vorbereitung für den Aufstand mußte viele Gebiete erfassen. Vor allem kam es darauf an, alle Werktätigen und fortschrittlichen Kräfte in einer Einheitsfront zusammenzuschließen. Mit allen Mitteln, legalen und illegalen Kampfformen, wurde den Massen der wahre Charakter der Regierung vor Augen geführt. Am 22. August verschickte das Zentralkomitee der BKP ein Rundschreiben an alle Parteileitungen mit ausführlichen Anweisungen zur Errichtung der Einheitsfront mit der Bauernpartei, den Sozialdemokraten, den Genossenschaften, den Reformisten und allen nicht organisierten progressiven Kreisen in Stadt und Land. Die Jugend schaltete sich aktiv zur Vorbereitung des Aufstandes ein. Nachdem ein Kurs der unmittelbaren Organisierung und Durchführung eines bewaffneten Aufstandes beschlossen wurde, rief der Zentralrat des Komsomol in Sofia eine Konferenz ein, an

aufst im sept

deren Arbeit sich Sekretäre der Jugendverbände aus verschiedenen Bezirksstädten beteiligten. Auf dieser Konferenz wurden die Aufgaben der Jugendlichen bei der Vorbereitung des Aufstandes bestimmt. Es wurde beschlossen, daß in den Bezirksstädten Konferenzen der kommunistischen Jugendorganisation stattfinden und Fragen bezüglich der Errichtung der Einheitsfront der Arbeiter- und Bauernjugend, des verstärkten Kampfes gegen die Reaktion u.a. erörtert werden sollten. Diese Beschlüsse belebten und aktivierten die Tätigkeit der Jugendverbände. Für die militärische Vorbereitung des Aufstandes wurde ein militär-technisches Komitee gebildet, und Bulgarien wurde in fünf Revolutionsgebiete mit entsprechenden Revolutionskomitees an der Spitze eingeteilt. Pläne für die Kampfhandlungen wurden ausgearbeitet, das vorhandene Kampfmaterial, d.h. Waffen und Sprengstoff, wurden bereitgehalten. Der bewaffnete Zusammenstoß war unvermeidlich. Am 20. September wurde das Ziel des Aufstandes verkündet – „Der Sturz der Regierung Alexander Zankovs, die durch einen faschistischen Putsch am 9. Juni an die Macht gekommen war, und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.“

Am 23. September bricht der Aufstand los

Am 23. September brach der Aufstand in verschiedenen Teilen des Landes aus. Zuerst erhob sich die Bevölkerung des Dorfes Maglisch. Das war das Zeichen auch für die übrigen Orte des Bezirks Stara Sagora. Die Kampfhandlungen schlossen Überfälle auf Gendarmerie-Kasernen, Bahnhöfe und andere strategisch wichtige Objekte ein. Die erbittertesten und heftigsten Kämpfe wurden im Nordwesten des Landes geführt, der somit zum Mittelpunkt des Septemberaufstandes wurde. Hier erfaßte der Aufstand fast alle Ortschaften. Die Kampfhandlungen wurden von den namhaften Vertretern der internationalen kommunistischen Bewegung, Ge-

and

mber

Georgi Dimitroff und Vassil Kolarov, angeführt. In der Stadt Ferdinand (heute Michailovgrad) wurden die Faschisten umzingelt und verhaftet, das Revolutionskomitee verkündete die Errichtung der antifaschistischen Macht. Im Kreis Lom ergaben sich fast alle Faschisten kampfflos, und es wurden Revolutionsabteilungen gebildet. An den Kämpfen um Lom beteiligten sich an die dreitausend Personen, von denen nur etwa fünf bis acht Prozent bewaffnet waren. Die übrigen hatten Äxte und Heugabeln bei sich. Ganze vier Tage und Nächte bedrohten sie die starkbewaffneten und verbarrikadierten Kasernen des Feindes.

„Für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernmacht!“

Der Aufstand dehnte sich auf eine Reihe anderer Gebiete Südbulgariens aus, wo in vielen Dörfern die Arbeiter- und Bauernmacht verkündet wurde. Zu besonders schweren Zusammenstößen kam es mit den gut ausgerüsteten Militäreinheiten beim Bahnhof Saranbei (heute September). Doch dem Gegner standen Geschütze und viele Maschinengewehre zur Verfügung, so daß es ihm gelang, den Bahnhof zu halten.

Vor allem junge Leute gehörten zu den begeisterten Anhängern der Revolution. Dafür zeugen nicht nur die Erinnerungen der Aufstandsteilnehmer, sondern auch die Anklageakten nach seinem Scheitern, in denen das Alter der „Aufrührer“ angegeben wurde. Kennzeichnend ist auch die Beteiligung vieler Schüler, Studenten und junger Lehrer mit der Bauern- und Arbeiterjugend.

Die Bulgarische Kommunistische Partei stand zum ersten Mal an der Spitze eines bewaffneten Aufstandes, und ihr fehlte noch die nötige Erfahrung, was zum verhängnisvollen Ende führte. Der Regierung gelang es, die Mitglieder des Revolutionskomitees in Sofia zu verhaften, noch bevor der Aufstand begann, weshalb es in der Hauptstadt erst gar

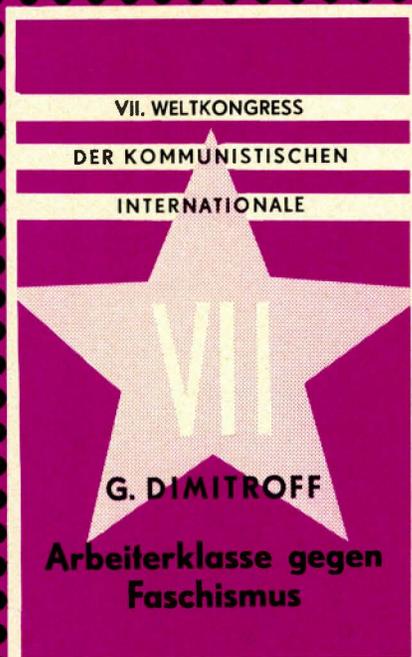
nicht zum Aufstand kam. Die Kampfaktionen im Lande begannen nicht gleichzeitig, was den Faschisten die Möglichkeit gab, ihren bewaffneten Streitkräften den durchgreifenden Kampf gegen die Aufständischen zu übertragen. Es mangelte auch an Zeit, um das Militär für dieses so wichtige Vorhaben an die Seite des Volkes zu gewinnen. An vielen Orten mußten sich die Aufständischen ständig verteidigen, anstatt selbst anzugreifen.

Trotz des heldenhaften Kampfes und der Selbstaufopferung Tausender Teilnehmer am Aufstand, scheiterte er. Er wurde bestialisch niedergeschlagen und ihm folgten grausame Repressalien und Terror, dem Tausende ohne Gericht zum Opfer fielen.

Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit verfolgte mit Sympathie die Septemberereignisse im Lande. „Die Kommunistische Partei Deutschlands und das ganze deutsche Proletariat“ – hieß es im damaligen Organ der KPD – „verfolgen mit großer Spannung den heldenhaften Kampf, den die bulgarischen Werktätigen gegen ihre Unterdrücker führen.“

Obwohl der Septemberaufstand vom Jahre 1923 scheiterte, hat er nichts von seiner historischen Rolle für die Entwicklung des Revolutionsprozesses und der Kampfstrategie in Bulgarien eingebüßt.

Einundzwanzig Jahre später, bei einer festen Einheitsfront, stürzten die progressiven Parteien im Lande mit der Hilfe der UdSSR die faschistische Diktatur, und es wurde eine Volksmacht errichtet.



Bestellungen an:
Weltkreis-Verlag,
46 Dortmund,
Brüderweg 16
109 Seiten, 3,50 DM



Georgi Dimitroff und Vassil Kolarov unter den Aufständischen von Michailovgrad

Über Solschenizyn und andere

D

as ist der Unterschied!



Eine antikommunistische Hetze schlimmsten Ausmaßes spielt sich seit Wochen bei uns ab. Wer sie geplant hat, wissen wir noch nicht (wann werden wir es erfahren?), aber leider war es der Kollege Böll, der das Signal gab. Und jetzt stellt sich heraus: der geschätzte Individualist Böll ist gar nicht so allein – hat er das vorher gewußt?

In sein Horn bliesen: Sacharow, Solschenizyn, Thilo Koch mit „seinem“ PEN-Protest, alle bürgerlichen Zeitungen, die Rundfunkanstalten, CDU/CSU, Axel Springer und Gerhard Löwenthal, aber auch Bruno Kreisky und das SPD-Präsidium.

Mein Gott, muß man da sagen, haben die alle ein Glück gehabt, daß ihre einzelnen Aktionen so gut zusammengetroffen sind. Jeder war und ist doch nur von seinem Gewissen getrieben, und Gewissen kann doch nicht so gut organisierbar und abstimmbare sein?

Lassen wir uns nicht täuschen! Reißt man den Schleier von dieser ausgemachten Spitzbüberei, die sich aufmacht, den dreckigen Karren der internationalen Reaktion nach Wien und Genf zu ziehen, um ihn dort bei der Sicherheitskonferenz abladen zu können. Auf diesem Karren sitzen in trauriger Nachbarschaft Nixon und Strauß, die faschistischen Diktaturen Spaniens, Portugals und Griechenlands neben den Interessen der Rüstungsmonopole und Banken, dazu Chargin wie der Dregger-Treck, der „Freie Deutsche Autorenverband“ und andere.

Es ist schlimm für die Bundesrepublik, daß dieser Karren, der auf seiner Reise noch möglichst über die Schädel aller Kommunisten von Moskau bis Santiago de Chile rollen soll, von einem Gespann gezogen wird, das nicht nur aus CDU/CSU und Löwenthal, aus Springer und Bayernkurier besteht, sondern auch aus SPD-Präsidium und irreführenden PEN-Kollegen. Wer wird noch dazustößen?

Unter Berücksichtigung dieser weltpolitischen Lage ist meine Haltung zu sehen. Ich wende mich

gegen verstärkten Antikommunismus, der Hand in Hand geht mit der Verleumdung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten mit dem Ziel, die internationale Entspannung zu torpedieren und den Weg freizuhalten für weiter erhöhte Rüstungsabgaben, kalten Krieg und neue faschistische Diktaturen in der Welt, aber auch mit dem Ziel, die Massenmorde der USA in Vietnam vergessen zu machen.

Vor diesen Karren lasse ich mich nicht spannen! Und wenn ich zu wählen habe zwischen der bürgerlichen Presse und der „Prawda“ oder dem „Neuen Deutschland“, fällt mir das nicht schwer. Ich weiß nicht, ob es stimmt, daß Strauß und Springer ihre mächtigen Vorläufer im Dritten Reich hatten, ich weiß aber genau, daß es die Sowjetarmee unter Leitung der KPdSU und die gesamte antifaschistische Bewegung Europas waren, die den Nazis das Kreuz gebrochen haben.

Niemand könnte heute die schmutzige Parallele zwischen Faschismus und Sozialismus aufstellen, wenn es damals die kommunistischen Parteien und ihre Verbündeten nicht gegeben hätte! Es würde dann nämlich dieser Faschismus noch immer regieren, und viele, die sich jetzt nicht zu schade sind, diese schmutzigen Parallelen zusammenzulügen, würden dann umgekehrt reden, etwa so: Wir Faschisten bekämpfen den Kommunismus als die größte Gefahr der Menschheit. Klingt das bekannt? Wenn Verleumdungen und perverse Vergleiche ein solches Ausmaß erreichen, sei es mir gestattet, ein wenig differenzierter, als das vielleicht nötig wäre, zu sagen, was mich zutiefst bewegt: die Freundschaft mit der Sowjetunion und allen Kommunisten auf der ganzen Welt!

Die Geschichte hat geurteilt über den Faschismus und den Sozialismus. Auf der Seite des Faschismus: der schrecklichste Krieg der Geschichte, zerbombte Städte, ausstrahlende Dörfer, verwüstete Felder und Ländereien, Millionen Tote und Verstümmelte und sonst: nichts. Auf der Seite des Sozialismus: eine Bewegung, die immer stärker wird,

die vor allem die Jugend der Welt an sich zu ziehen beginnt – davon habe ich mich persönlich mit großer Freude bei den X. Weltfestspielen in Berlin/DDR überzeugen können –, die blühende Städte und friedliche Länder, die wohlgenährte und gebildete Menschen hervorgebracht hat, die mit ihrem Wunsche nach friedlicher Koexistenz den Frieden der Welt sicherer macht.

Wer das nicht glaubt, dem empfehle ich, einmal eine russische Provinz zu besuchen, zum Beispiel Kasachstan und dann ein paar Kilometer weiter fahren in ein westliches asiatisches Land, zum Beispiel Afghanistan. Er wird auf der Seite des Sozialismus gesunde, arbeitende und zufriedene Menschen sehen, und auf der Seite des Kapitalismus kann er an manchen Tagen die Hungertotenrohlenweise auf den Straßen zählen.

Das ist der Unterschied der Systeme, der Intellektuelle und Arbeiter, Bauern und Künstler auf der ganzen Welt zum Sozialismus halten läßt. Aber diese große, leidenschaftliche Bewegung um die Liebe kann nur verstehen, wer vorher etwas anderes verstanden hat: Daß nämlich Mensch gleich Mensch ist, daß der tödliche Autounfall des Filmstars A um nichts wichtiger ist als der tödliche Arbeitsunfall des Gerüstbauers B, daß das kleine verhungerte Würmchen Mensch in Lateinamerika genauso wichtig ist wie Solschenizyn. Es gibt eine neue, zukunftsweisende Humanität und Ethik, auch bei Menschen und ihren Schicksalen – und nicht nur bei Geld – zählt und mit Summen argumentiert.

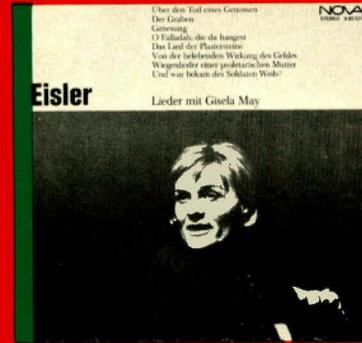
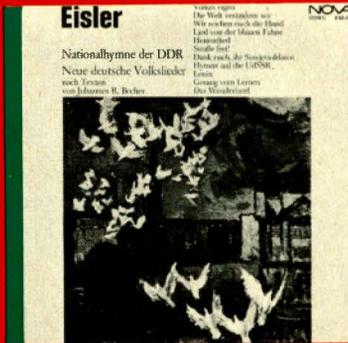
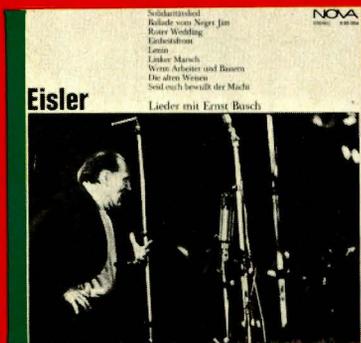
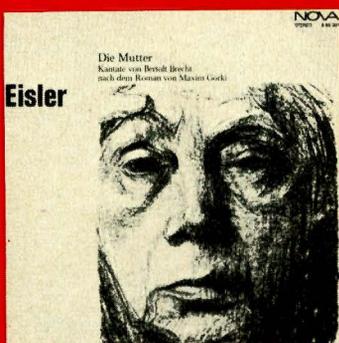
Solange auf der Welt pro Minute drei Kinder verhungern und das nachweislich dort, wo der Kapitalismus herrscht oder Einfluß hat, müssen mir die Sorgen von Solschenizyn und Sacharow weiträumig sein.

Damit Wirklichkeit wird, daß alle Menschen dieser Erde eines Tages genug zum Fressen haben, brauchen wir jetzt, heute und morgen Entspannung, Koexistenz, Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Franz Xaver Kroetz

HANS EISLER

Hanns Eisler wurde am 6. Juli 1898 in Leipzig geboren. Seine Eltern zogen bald darauf mit ihm nach Wien. Bereits während des 1. Weltkrieges wurde er politisch aktiv. Mit seinem Bruder Gerhard verfaßte er als Gymnasiast eine Flugschrift „Gegen den Krieg“. Begeistert begrüßte er 1917 Lenins „Dekret über den Frieden“. Nach Kriegsende trat Eisler in das Wiener Konservatorium ein und wurde Schüler Arnold Schoenbergs, der in diesen Jahren seine ersten Zwölftonkompositionen schrieb. Doch Eisler wollte sich nicht nur einen neuartigen Kompositionsstil aneignen. 1919 organisierte er einen Arbeitergesangverein, der den Namen „Karl Liebknecht“ trug. 1927 begann Eisler Lieder für Agitproptruppen zu schreiben. Heute werden diese Lieder wie das „Einheitsfrontlied“, das „Solidaritätslied“, bei Demonstrationen und Kundgebungen in aller Welt gesungen. Eisler beschränkte sich nicht auf die Agitation auf der Straße. 1933 mußte Eisler aus Deutschland emigrieren. Neben groß angelegten Werken, wie der „Deutschen Symphonie“ und dem „Lenin-Requiem“ entstanden im Exil vor allem kammermusikalische Werke. Eisler lebte von 1938 in den USA. Dort konnte er nicht mehr den engen Kontakt mit den kämpfenden Massen haben, wie vor 1933. Unmittelbare Verständlichkeit standen daher nicht mehr so sehr im Vordergrund. Nach der Niederlage des deutschen Faschismus wollte Eisler nach Deutschland zurückkehren. Doch er wurde mit Bertolt Brecht zusammen vor den berüchtigten McCarthy-Ausschuß geschleppt und durfte erst nach weltweiten Protesten die USA verlassen. Die erfolgreiche antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die Gründung der DDR und der Aufbau des Sozialismus sind ein wichtiger Einschnitt im Leben Hanns Eislers. 1931 schrieb er: „Dem fortschrittlichen Musiker sei gesagt, daß neue Methoden der Musik nur entstehen werden im Tageskampf der revolutionären Arbeiter gegen die Bourgeoisie und daß eine neue Musikkultur nur entstehen wird nach der Ergreifung der Macht durch die Arbeiter in Deutschland, beim Aufbau und bei der Vollendung des Sozialismus.“ Angesichts der gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR sucht Eisler immer mehr den „freundlichen und freudigeren Charakter der Musik zu konkretisieren. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Nationalhymne der DDR.

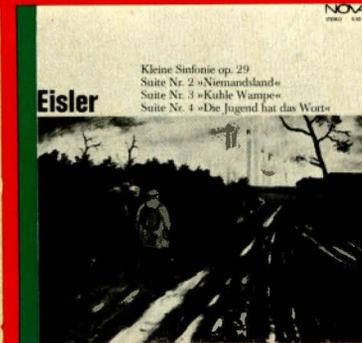
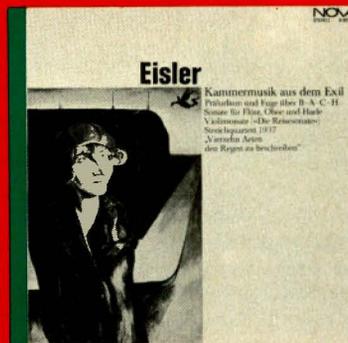
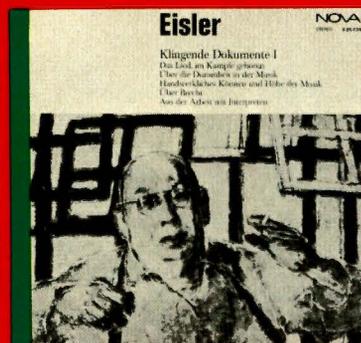
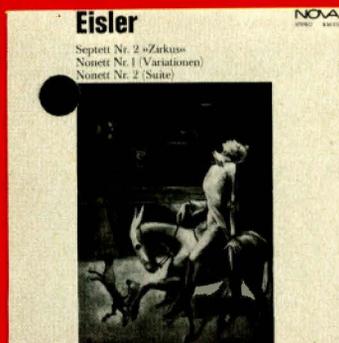


Best.-Nr.: 885001
Preis: DM 12,10

Best.-Nr.: 885004
Preis: DM 12,10

Best.-Nr.: 885021
Preis: DM 12,10

Best.-Nr.: 885037
Preis: DM 12,10



Best.-Nr.: 885038
Preis: DM 12,10

Best.-Nr.: 885039
Preis: DM 12,10

Best.-Nr.: 885041
Preis: DM 12,10

Best.-Nr.: 885043
Preis: DM 12,10

Hanns Eisler wird bis heute in der BRD totgeschwiegen, während er in der DDR seine Schaffenskraft bis zu seinem Tode im Jahre 1962 voll in die Dienste des Volkes stellen konnte. Aus Anlaß des 75. Geburtstages Hanns Eislers stellt sich der Weltkreis-Verlag die Aufgabe, durch den Vertrieb dieser Schallplattenserie den großen Komponisten breiten Teilen der Bevölkerung der BRD bekanntzumachen.

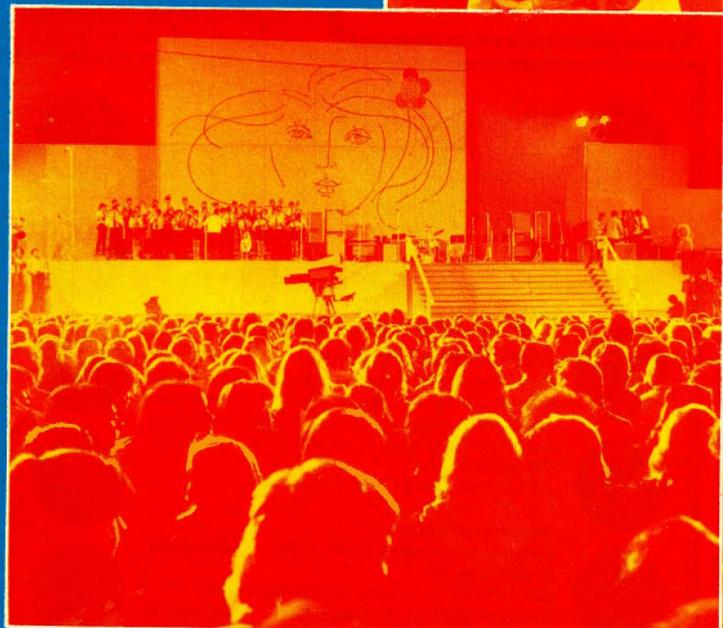
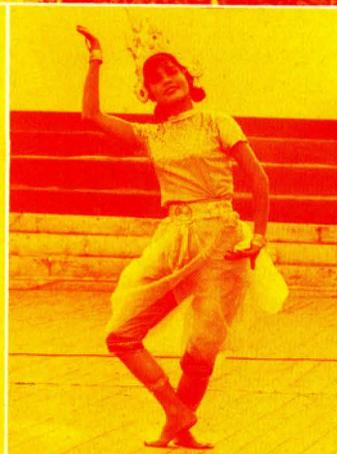
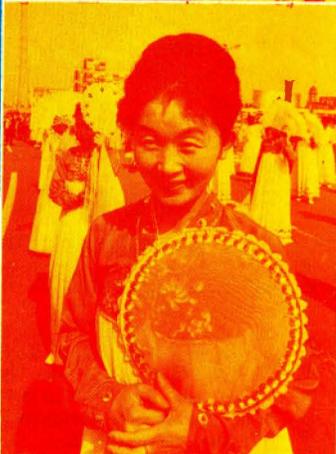
Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH
Abt. Schallplatten
46 Dortmund
Brüderweg 16



Gesamtverzeichnis anfordern!

Während der X. Weltfestspiele war ich, zusammen mit Kollegen aus der Sowjetunion, der DDR, Rumänien, Syrien und Guinea, in der Leitung des „Internationalen Clubs Junger Künstler“ tätig. Ein derartiger Festival-Club war neu, und unsere Aufgabe war nicht ganz einfach zu bewältigen. Die Räumlichkeiten in der Berliner Hochschule für Bildende Künste war dem Massenandrang kaum gewachsen, es mußten zusätzliche Tribünen und Diskussionsräume improvisiert werden. Gut die Hälfte der Veranstaltungen fand im klosterähnlichen Innenhof der Schule und auf einer schnell gebauten „Kunststraße“ statt. Die Bilanz nach acht Tagen: 46 Nationen hatten sich in 110 kulturellen Beiträgen vorgestellt; mit Liedern, Versen, Theateraufführungen, Agitprop, Kabarett, mit Bildern und Plakaten. Die BRD war, wie fast überall auf dem Festival, nicht schlecht vertreten: Degenhardt, Süverkrüp, Kittner, die Flöhe, der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, die Autoren Fuchs, Kroetz, Maiwald und Timm, das Karlsruher Atelier Bast-Mertin, der Komponist Hans-Werner Henze und die Autorin Erika Runge und die Hamburger „Werkstatt“ beteiligten sich an

Der Chor der Fortschrittskämpfer hat viele Stimmen!



der Selbstdarstellung der antiimperialistischen BRD-Kunst. Von achthundert Delegierten, die aus der BRD nach Berlin kamen, war jeder zehnte ein Kulturschaffender, und das war, zumindest quantitativ, Weltspitze. Diese Entdeckung war für mich neu: die demokratische und sozialistische Kultur hat seit dem letzten Festival 1968 in Sofia überall auf der Welt, nicht nur bei uns, einen mächtigen Aufschwung genommen. Auf allen Kontinenten gibt es Theatergruppen, die für die Sache der Revolution Partei ergreifen, werden Lieder der antiimperialistischen Solidarität gesungen, arbeiten Künstler aller Sparten für Frieden und Völkerfreundschaft. An allen Fronten des Fortschrittskampfes, beim Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, bei der Verteidigung der Arbeiterrechte in den kapitalistischen Staaten, beim Ringen um nationale und soziale Unabhängigkeit in den Ländern der Dritten Welt, gehören Kultur, Kunst und Literatur zum Waffenarsenal der Weltveränderer. Wo die Menschheit vorwärts schreitet, braucht sie ganze Batterien von Büchern, muß sie viele Stimmen zum Singen bringen, wird sie Kunststücke in tausenderlei Gestalten auf die Szene setzen. Das haben in Berlin die Ensembles aus Vietnam und Laos, aus Bangladesch, Kuba und Chile, aus Schweden und den USA demonstriert. Der Chor der Fortschrittskämpfer hat viele Stimmen, schrille und kaum hörbare, aggressive wie Miriam Mackeba, melancholische wie die indianischen Folkloregruppen aus Mexiko. Jeder Klang, jede Farbe trägt zur Vielstimmigkeit der Weltkultur bei, vermittelt neue Anstöße und Energien, macht uns mutiger und reicher. Kein Zweifel: die Klassenkämpfe der Zukunft werden viel mit Kultur zu tun haben. Wo die Waffen schweigen – hoffen wirs immerhin –, da erheben die Künste machtvoll ihr Wort: für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft überall auf der Welt.

Peter Schütt

Das Küppersbuschlied

von Dieter Süverkrüp

*Ja, so sind die Kumpels von Küppersbusch:
Sie haben Mumm in den Knochen
und haben den Kopf nicht nur für den Hut
und kennen sich aus mit Malochen.
Und was sie bauen ist blitzblank;
und auch eine nützliche Schose
wo nämlich die Mama drauf kochen kann:
braten die Klöße und Sauce.
Ja, ja die Kumpels von Küppersbusch,
die bauen keinen Pfus.*

*Bei Küppersbusch ist es wie überall:
die Produktion steigt beständig
und die Bosse, denen die Bude gehört,
die verdienen sich tot und lebendig.
Und die im Laden die Arbeit tun,
die sehen: es wächst der Profit
und die Löhne stehen verlegen dabei
und wachsen verdammt nicht mit.
Da sagen die Kumpels von Küppersbusch:
das ist ein mieser Pfus.*

*U haben bei ihren oberen Herrn
mal angefragt, wie es wär
mit einem kräftigen Schüppchen drauf
und mit 40 Pfennig mehr.
In solchem Fall schicken die Herren dann wen,
der schön verhungert aussieht.
Der weiß von der schlechten Geschäftslage ein
sehr trauriges altdeutsches Lied.
Doch hilft nichts! Die Kumpels von Küppersbusch
die kriegt man so nicht kusch.*

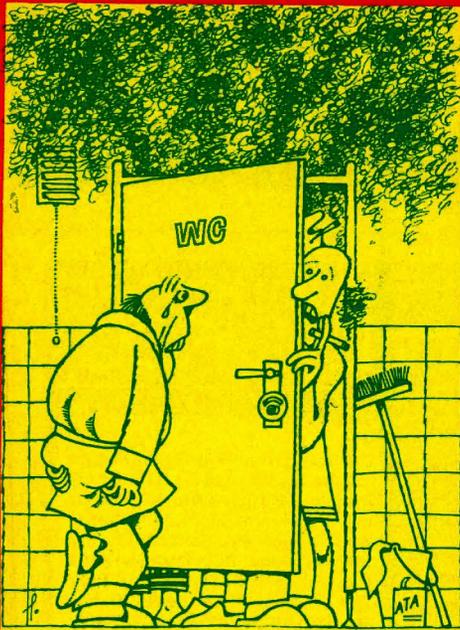
*Die zählen nämlich einfach mal nach,
daß in der Tüte was fehlt.
Auch wie das Loch in die Tüte kommt,
haben sie festgestellt.
Nämlich die Unternehmerschaft
benutzt ein Spezialgerät:
den Preis-Profit-Spezial-Bohrer,
an dem sie zur Zeit wieder dreht.
Doch nicht mit den Kumpels von Küppersbusch!
Die merken jetzt den Pfus.*

*Die sagen: Wir waren so lange brav
nur wegen der Stabilität!
Und was kam heraus? Daß die Inflation
stabil so weiter geht.
Die Löhne also sind nicht schuld.
Das wäre auch gelacht;
die Preisentwicklung bestimmt nämlich der,
der auch die Preise macht.
Was machen die Kumpels von Küppersbusch?
Die bleiben nicht mehr kusch.*

*Da steigt den hohen leitenden Herren
die Wut bis in die Frisur.
Sie bieten kalt-lächelnd ein paar Prozent
und bleiben im übrigen stur.
Da sagen die Kumpels von Küppersbusch:
Mal sehen, ob es sich zeigt,
wer hier im Laden der Stärkere ist.
Jetzt wird hier mal einfach gestreikt.
Nun klopfen die Kumpels von Küppersbusch
mal auf den Küppersbusch!*

*Und wie dieser Streik zu Ende geht,
das hängt jetzt sehr davon ab,
ob das mit der Solidarität
der Kumpels von Küppersbusch klappt.
Und wenn es klappt, dann machen sie
den Bossen ein paar Atü Dampf.
Und werden am Ende siegen und sagen:
Er hat sich gelohnt, der Kampf.
So kämpfen die Kumpels von Küppersbusch.
Sie machen keinen Pfus.*

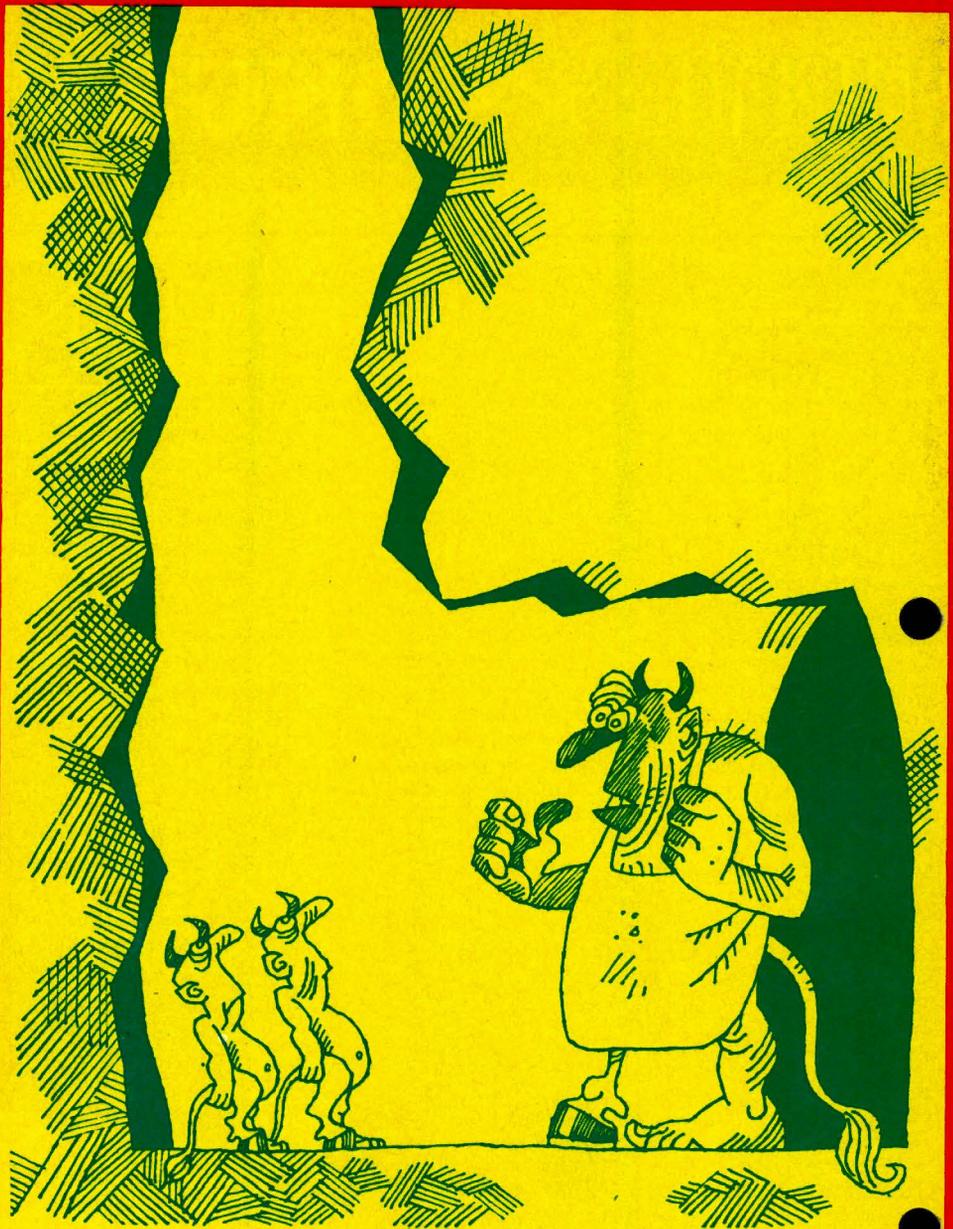




„Was wolln denn Sie hier, Sie Nichtraucher!“
Zeichnungen: Hans-Jürgen Starke



»Na, schon was gefangen heute?«
Zeichnung: Günzel



„Kinder, spielt woanders, jeden Augenblick kann der Dollar hier runterkommen!“
Zeichnung: Louis Rauwolf

Heinz Jankofsky



„Nichts anmerken lassen, sie tut sich nur wichtig!“



„Hier gibt es nicht mal Blaubeeren, geschweige...“ Zeichnung: Willy Moese